



DIE LINKE.

Info - Blatt des
Kreisverbandes Harz

Nr. 172

Spende

Januar/Februar – 1/2012

DIE LINKE unterstützt mit einer Spende „Tage der Begegnung“

Die Fraktion DIE LINKE des Landtages unterstützt schon seit Jahren auf vielfältige Weise den Förderverein und die „Tage der Begegnung“ in der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge. **André Lüderitz** überbrachte gemeinsam mit **Carsten Nell** die Spende von 1.000 € aus dem Solidarfonds der LTF.

Der Förderverein ermöglicht damit Überlebenden und Angehörigen aus Osteuropa die Teilnahme, da diese ansonsten die Aufwendungen für die Reise nach Langenstein-Zwieberge nicht aufbringen könnten.



Foto von links: MdL André Lüderitz, Hanka Rosenkranz und Gesine Daifi (beide vom Förderverein) sowie Carsten Nell, Vorsitzender der Kreisstagsfraktion und Stadtrat in Halberstadt

Beratung der Harzer Abgeordnetenbüros und Regionalbüro in Quedlinburg



In Quedlinburg kamen die Abgeordnetenbüros der Harzer Landtagsabgeordneten sowie des Sangerhäuser Bundestagsabgeordneten Harald Koch zur Regionalberatung im "Dachverein Reichenstraße e.V." zusammen. Gemeinsam mit den und unserem Regionalgeschäftsführer, war dies das zweite Treffen in dieser Legislaturperiode. Im Mittelpunkt des Treffens standen die Vorbereitung gemeinsamer Veranstaltungen und der politischen Arbeit im Jahr 2012 im Harzkreis. Zur Beratung gehörten auch die Besichtigung des Dachvereins Reichenstraße und ein Gespräch mit den MitarbeiterInnen des Vereins, die über die vielseitige sozio-kulturelle Arbeit des Vereins berichteten.

Bereits zum 22. Mal finden im April 2012 anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge am 11. April 1945 die „Tage der Begegnung“ statt. Seit 1991 kommen Überlebende und deren Angehörige sowie Hinterbliebene von Todesopfern mit Bürgerinnen und Bürgern aus dem Harzkreis und darüber hinaus zusammen. Das gemeinsame Gedenken und Erinnern an die Schicksale der mittels „Vernichtung durch Arbeit“ getöteten Häftlinge steht ebenso im Mittelpunkt wie vielfältige zwischenmenschliche Begegnungen und Gespräche.

Lüderitz sagte zu, dass seine Fraktion auch künftig die Arbeit des Fördervereins unterstützen wird. Mittel des Solidarfonds stehen dabei weiterhin zur Verfügung. Alle 29 Fraktionsmitglieder der LINKEN spenden monatlich 250 EUR. Auf diese Weise wird die Gesamtsumme der Spenden seit Gründung des Fonds 1995 in diesem Jahr beachtliche 1 Mio. EUR erreichen. Eine Vielzahl von Initiativen und Projekten konnte so schon unterstützt werden.

u.a. in dieser Ausgabe

DIE LINKE Landes- und Bundesebene:

- ❖ Beschlüsse der Klausur des LV und LTF
- ❖ Aktionen im ersten Halbjahr 2012
- ❖ Pressemitteilungen der LTF & BTF & EL

Aktuelles aus der Region:

- ❖ KTF ging in Klausur
- ❖ Zum 67. Jahrestag der Befreiung KZ Auschwitz
- ❖ MDL/MdB aktiv vor Ort:
- ❖ Pressemitteilungen & Postmappe & AG Kultur
- ❖ Neujahrsempfang in OV Wernigerode



Die Linksfraktion im Kreistag Harz traf sich am vergangenen Wochenende mit Stadträten aus Halberstadt, Quedlinburg und Wernigerode sowie mit Halberstadts Oberbürgermeister Andreas Henke und den Landtagsmitgliedern Monika Hohmann, Edwina Koch-Kupfer und André Lüderitz in Hessen (Stadt Osterwieck). Thema des Austausches der Politiker war die Kulturlandschaft im Harz-kreis. Festgestellt wurde,

dass die durch viele Initiativen hervorgebrachte kulturelle Vielfalt wesentlich die Lebensqualität der Menschen bestimmt. Das darf nicht durch die immer stärkere Reduzierung kommunaler Finanzen durch Land und Bund gefährdet werden.

Im Kreistag und in den Stadträten werden sich die Linkspolitiker als erstes dafür einsetzen, dass die in den Konsolidierungsprogrammen vorgesehene Reduzierung der Mittel für das Nordharzer Städtebundtheater zurückgenommen wird. Es wurde die nicht unbegründete Hoffnung auf eine breite Unterstützung aus den anderen Fraktionen zum Ausdruck gebracht. Befürwortet wird die weitere Zusammenarbeit zwischen dem Theater und dem Philharmonischen Kammerorchester Wernigerode zum gegenseitigen Vorteil. Vorgesehen ist, die Diskussion am 04. März 2012 in Blankenburg in einer öffentlichen Veranstaltung mit allen Beteiligten und mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern fortzusetzen. Dazu werden die Harzer Landtagsabgeordneten der LINKEN einladen.

Haushalt 2012 und Haushaltskonsolidierungskonzept beschlossen

Carsten Neill, Vors. der Kreistagsfraktion

In der Kreistagssitzung am 25.01.2012 wurden der Haushaltsplan 2012 sowie das Haushaltskonsolidierungskonzept bis zum Jahr 2019 beschlossen. Positiv ist anzumerken, dass der Kassenkreditrahmen, also um wie viel € der Landkreis sein Konto überziehen darf, von sonst 90 Mio. € auf jetzt 75 Mio. € gesenkt wurde. Die Richtung stimmt also.

Des Weiteren wurde sich erstmals im Bezug auf die Kreisumlage, also das Geld welches die Städte und Gemeinden an den Landkreis zu überweisen haben, an alte Zusagen und Beschlüsse gehalten und mit 69 Mio. € festgelegt. Summenmäßig eine Verringerung von 2 Mio. €, aber immer noch deftig. Es gibt im Landkreis Harz Kommunen, die mehr Kreisumlage zahlen als sie Zuweisungen des Landes bekommen. Auch der Schuldenstand der Kredite entwickelt sich positiv. Waren zum 31.12.2006 noch 90,7 Mio. € an Krediten abzubezahlen, werden es zum 31.12.2012 noch 66,2 Mio. € sein.

Insgesamt ist für das Jahr 2012 im Verwaltungshaushalt ein Defizit von 34,3 Mio. € geplant. Dabei ist zu berücksichtigen, dass allein 35,3 Mio. € aus dem Jahr 2010 übernommen werden mußten. Im laufendem Jahr machen wir also keine neuen Schulden, sondern bauen Schulden ab.

Ein altes Problem aber bleibt: Bund und Land kürzen weiter ihre Zuweisungen. Der Bund um 4,1 Mio € im sozialen Bereich (unser Anteil an der gekürzten Ost- Mrd.) , das Land um 800. 000 € allgemeine Zuweisungen.

Deshalb hat unsere Fraktion einen Änderungsantrag zum Haushaltskonsolidierungskonzept eingebracht, der die Verwaltung des Landkreises auffordert, die fehlenden Gelder des Landes in die langfristige Planung wieder einzustellen, also soviel wie 2011 und somit dem Land ein Signal zu geben das wir dieses Geld brauchen und auch fordern! Z.B. für die Kultur wäre dieses Geld gut zu gebrauchen. Die Proteste zu unserem Antrag ließen nicht lange auf sich warten. Der Antrag hätte schon die richtige Richtung, aber „Luftbuchungen“ könne man nicht

akzeptieren, das Land gäbe sowieso jedes Jahr weniger Geld, das sei eben so. Hatte der Landrat nicht Mitte des Jahres eine Resolution in den Kreistag eingebracht die mit überwältiger Mehrheit beschlossen wurde? Ich zitiere: „...die Zuweisungen (des Landes) tatsächlich nicht ausreichen, um die Pflichtaufgaben des Landkreises zu erfüllen,“ und weiter „die kreisliche Selbstverwaltung in erheblichem Maße gefährdet ist.“ Dies sind nur einige Auszüge. Wie war nun die Abstimmung? 22:18 gegen unseren Antrag. Im freiwilligen Gehorsam stehen jetzt im Konsolidierungsprogramm bis 2019 geringere geplante Zuweisungen des Landes. Übrigens hatte die SPD Fraktion in der Sitzung angekündigt für unseren Antrag zu stimmen. Leider konnten sich nur 3 SPD Mitglieder dazu durchringen. Wieder mal schade.

Kranzniederlegungen zum 67. Jahrestag der Befreiung des KZ-Auschwitz

Arten des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Dorle Reinecke, Halberstadt

An vielen Gedenkortern im Lande wurden Veranstaltungen unterschiedlicher Form am 27.01. durchgeführt; eine davon auch am Mahnmal Langenstein- Zwieberge, in der Carsten Nell im Namen unserer Kreistagsfraktion ein Gebinde im Gedenken niederlegte.

Inden letzten Jahren konzentriert sich die Gedenkstättenleitung darauf, besonders die Schuljugend an dieses traurige Kapitel unserer Geschichte heranzuführen und fand dafür im Käthe – Kollwitz Gymnasium einen verlässlichen Partner. Das Projekt „Von Schülern für Schüler,“ wurde bereits zum 5. Mal gestartet: 130 Schüler besuchten in diesem Rahmen am Gedenktag die Gedenkstätte. Besonders nachhaltig wird dieses Erlebnis durch die langfristige Vorbereitung wirken. Im Vorfeld wurden die Schüler der 5.Klassen von den Zwölftklässlern eingestimmt, Einzelschicksale ehemaliger Häftlinge vor Augen geführt. In 2.er und 3.er Gruppen bewegten sie sich mit ihren Fragen und Gesprächen über das Gelände. Auch bei ungemütlich kalter Witterung hielten alle den Rundgang durch bis zur Schweigeminute auf dem Plateau, wo sie Blumen und Kerzen an den Massengräbern gruppierten. Diese eigene selbst erdachte Aktivität wird, wie alles motivierte Tun, im Gedächtnis haften bleiben, Begreifen und Handeln als Einheit.

In dieser letzten Phase der Zeremonie wurden die Schüler auch von den Abgeordneten des Kreises, der Stadt und der Gemeinde Langenstein sowie anderen Erwachsenen begleitet, so daß mehrere Generationen im Gedenken zusammentrafen. Wir hoffen, daß gerade unter der Brisanz der Auseinandersetzung mit den dreisten Auftritten der Neonazis eine solide Gegenwehr in den Köpfen der jungen Menschen aufgebaut wird, die der braunen Propaganda zu widerstehen vermag!

Mahn- und Gedenkstätte in Wernigerode

Christian Härtel, Wernigerode

Am 27. Januar gedachten Bürgerinnen und Bürger, Vertreter von Stadt und Landkreis, die Landtagsabgeordneten Evelyn Edler, André Lüderitz (beide LINKE) und Angela Gorr (CDU) sowie Kommunalpolitiker von LINKE, SPD und CDU aus dem Stadtrat und Kreistag der Millionen Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Anlässlich des 67. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar 1945, fand dazu in der Wernigeröder Mahn- und Gedenkstätte im Veckenstedter Weg die traditionelle Gedenkveranstaltung der Stadt Wernigerode und des Landkreises Harz statt.

Wernigerodes Oberbürgermeister Peter Gaffert erinnerte in seiner Ansprache an die Millionen Toten,

die der zwölfjährigen Terror- und Gewaltherrschaft zwischen 1933 und 1945 in Europa zum Opfer fielen. Wie wichtig Gedenken, Aufklärung, Erinnerung und mutiger Einsatz gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit sei, zeigen die bekannt gewordenen Gräueltaten der braunen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“.

Auch der Ort der Gedenkveranstaltung, die Mahn- und Gedenkstätte im Veckenstedter Weg, sei authentischer Ort und belege diese Unmenschlichkeit, betonte der Oberbürgermeister. Als Außenstelle des KZ Buchenwald und als Arbeitslager des Rüstungsbetriebes Rautalwerke war dieser Ort Teil der Unterdrückung, Ausbeutung und Profitgier.





aus den Basisgruppen

Mit über sechzig Gästen aus Politik, Verwaltung, Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften konnte die Wernigeröder LINKE auf ihrem traditionellen Neujahrsempfang im Ratskeller auf ein erfolgreiches Jahr 2012 anstoßen. Die Wernigeröder Landtagsabgeordnete Evelyn Edler, Stadtparteichef Christian Härtel und Fraktionschef Dieter Kabelitz konnten als Gastgeber des Empfanges den Innenexperten und Mitglied des Fraktionsvorstandes der LINKEN-Bundestagsfraktion, MdB Jan Korte, begrüßen.



Dieter Kabelitz

Aus der Stadt und dem Harzkreis folgten u.a. die Ortsbürgermeister von Silstedt und Benzingerode, Karl-Heinz Mänz und Siegfried K. Müller, Hochschulrektor Prof. Dr. Armin Willingmann, Halberstadts Oberbürgermeister Andreas Henke, Koba-Leiter Dirk Michelmann und IHK-Geschäftsführer Ralf Grimpe der Einladung.

Die traditionelle Spendensammlung für soziale Zwecke, die 400 Euro erbrachte, geht in diesem Jahr zu gleichen Teilen an den Harzer Kinderschutzbund und das Frauenzentrum, deren Vorsitzende Evelin Malek und Irmtraud Blume ebenfalls zu den Gästen zählten. Beiden Vereinen soll so der Start in ihren neu bezogenen Domizilen erleichtert werden.

In ihrer Ansprache an die Gäste betonte MdL Evelyn Edler, dass die aktuellen Probleme in Politik und Gesellschaft ihr tagtäglich die Schwerpunkte für ihre Arbeit im Landtag und im Harzer Wahlkreis aufzeigen. Im Rückblick auf

Neujahrsempfang der Wernigeröder LINKEN mit Spendensammlung für Kinderschutzbund und Frauenzentrum

Christian Härtel, Vors. des OV Wernigerode

ihre ersten zehn Monate als neue Landtagsabgeordnete bekräftigte sie, dass wir nicht müde werden dürfen, für eine demokratische, soziale, friedliche und tolerante Gesellschaft zu kämpfen.

So stehe für sie und die LINKEN-Landtagsfraktion in diesem Jahr u.a. die Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleichs, die Gesetzgebung im Bereich der Kindertagesstätten, das Vergabegesetz, die Umgestaltung des Schulsystems und die Personalentwicklung im öffentlichen Bereich im Mittelpunkt der politischen Arbeit. Dabei sei auch die Frage zu beantworten, wie wir eine moderne, barrierefreie und bürgerfreundlichere Verwaltung in Sachsen-Anhalt mitgestalten und vorantreiben können?

Der Bundestagsabgeordnete Jan Korte ging in seiner Rede auf das eklatante Versagen der Sicherheitsbehörden beim Kampf gegen den Rechtsextremismus ein. Während eine braune Terrorbande über ein Jahrzehnt mordend durch Deutschland ziehen konnte, werde der Verfassungsschutz von Regierungsparteien dazu benutzt, die politische Opposition und die Meinungen Andersdenkender zu diskreditieren. Mit Blick auf die milliardenschweren Banken- und Euro-Rettungsprogramme forderte Korte, dass diejenigen, die jahrelang an Finanzmarktzockereien gut verdient haben, jetzt auch bei den Kosten der Finanzkrise zur Kasse gebeten werden müssen.



Landtagsmitglied Evelyn Edler (Bildmitte) freut sich über die mit 400 Euro gut gefüllte Spendenbox für den Kinderschutzbund und das Frauenzentrum, die sie gemeinsam mit Stadtparteichef Christian Härtel (l.), Halberstadts Oberbürgermeister Andreas Henke (2.v.l.), Bundestagsmitglied Jan Korte (2.v.r.) und Stadtfaktionschef Dieter Kabelitz (r.) unter den Gästen des LINKEN-Neujahrsempfanges einsammelte.



Edwina Koch-Kupfer

**Landtagsabgeordnete
Wahlkreis Halberstadt**

Auf Delegationsreise mit dem Ausschusses für Bildung und Kultur nach Irland

Reisen bildet, das steht außer Frage und muss ganz besonders für die Teilnehmer eines Ausschusses gelten, der sich mit Bildung beschäftigt. Vom 14. – 17. November 2011 war ich auf einer



Delegationsreise des Ausschusses für Bildung und Kultur des Landtags Sachsen-Anhalt in Irland. Zahlreiche Menschen, die auf verschiedene Weise mit dem Thema Bildung zu tun haben, waren während dieses Aufenthaltes interessante Gesprächspartner.

Um zu verstehen, wie Schule funktioniert, muss man sie sich vor Ort anschauen. Wir Parlamentarier haben uns eine Grundschule, Primary School, und eine Sekundarschule, Secondary School, in Dublin angeschaut. Kinder in Irland besuchen bereits sehr früh eine Grundschule. Schulpflicht besteht von 6 – 16 Jahren. In der Realität gehen die SchülerInnen aber vom 4. bis zum 18. Lebensjahr in die Schule.

Wir BildungspolitikerInnen haben erfahren, dass mehr als 90 % der Schulen in kirchlicher, also katholischer Trägerschaft sind. Das betrifft besonders die Grundschulen. Aktuelle Bestrebungen der Regierung des Landes richten sich allerdings auf einen Wandel in dieser Sache. Um das kulturelle Erbe der Iren zu erhalten wird an vielen Schulen auf irisch unterrichtet.

Nach der Grundschulzeit, die sechs Jahre umfasst, im Alter von 12 Jahren wechseln alle SchülerInnen auf eine Secondary School. Eine Trennung der SchülerInnen erfolgt zu keinem Zeitpunkt der Schulzeit. Für uns allerdings ungewöhnlich ist die in einigen Schulen vorgenommene Trennung der SchülerInnen nach dem Geschlecht.

In der Secondary School legen sie die mittlere Reife ab und gehen in ein Übergangsjahr. Sie sind dann ca. 15 Jahre alt.

Dieses Übergangsjahr stellt sie vom regulären Unterricht frei. Es soll genutzt werden für eine berufliche Orientierung während eines Praktikums. Viele SchülerInnen gehen in dieser Zeit ins auch Ausland, um eine Sprache zu lernen oder nehmen zusätzlich Unterricht, um sich gezielt auf die letzten zwei Jahre und das Abitur vorzubereiten.

Das Erlernen einer Fremdsprache neben dem Irischen ist noch nicht curricular untersetzt. Das wird sich zukünftig ändern. Der größte Teil der SchülerInnen in Irland, mehr als 80 %, erwirbt den höchstmöglichen Schulabschluss, das Abitur. Der weitere Bildungsweg ist dann abhängig von der durch diesen Abschluss erreichten Punktzahl.

Dennoch, der Bildungsminister des Landes

plant tiefgreifende Veränderungen im System Schule und Lehrerausbildung und Fortbildung. Anlass hierzu sind die besonders im naturwissenschaftlichen Bereich absinkenden Schülerleistungen der letzten Jahre.

Das Prinzip des Lernens in der Schule in Irland besteht insbesondere in einem auf Reproduktion ausgerichteten Lehren, learning for the tests. Hierin sieht der Bildungsminister das Problem und definiert einen Wechsel als seine wichtigste Aufgabe. Sein Konzept setzt auf mehr Selbstständigkeit, Eigenverantwortung und die Implementierung einer ganz neuen Lernkultur. Und obwohl Bildung in Irland, das zeigt auch die Aufstellung des Bereiches im Landeshaushalt, trotz aller Sparzwänge eine bedeutende Position einnimmt, wird es interessant sein, die weiteren Entwicklungen zu verfolgen.

In Irland unterrichten 57.000 Lehrerinnen und Lehrer. Der Beruf hat einen hohen Status. Und der Bedarf wächst, denn die Schülerzahlen steigen um 2,1 %. Was das für die ohnehin schon vollen Klassen von 35 SchülerInnen bedeutet, bleibt abzuwarten. Die Klassen sind in Irland also schon jetzt sehr groß und da es eine Geburtenrate von 2,1 Kindern pro Frau gibt, werden die Klassen in den nächsten Jahren noch voller.

Edwina Koch-Kupfer, bildungspolitische Sprecherin



Oberharzer LINKE und MdL Evelyn Edler: "Auch 2012 gemeinsam für den Oberharz anpacken"

Zum politischen Jahresabschluss luden der Oberharzer LINKE-Ortsverband, die Ratsfraktion und die Harzer Landtagsabgeordnete Evelyn Edler kürzlich nach Benneckenstein ein.

In gemütlicher Atmosphäre zogen die Ortsvorsitzende Christel Liebethuth (Benneckenstein), Fraktionschef Volker Hedderich (Elbingerode), Kreisvorstand Michael Wisse (Elbingerode) und MdL Evelyn Edler gemeinsam mit interessierten Bürgern und Parteimitgliedern, darunter zwei Neumitgliedern, Bilanz über die politische Arbeit in 2011 und gaben einen Ausblick auf ihre Schwerpunkte im neuen Jahr.

Den Jahresrückblick nutzte Evelyn Edler zugleich, um Bilanz über ihre ersten neun Amtsmonate als Harzer Vertreterin im Magdeburger Landtag zu ziehen. So zählten die Antrittsbesuche bei den Bürgermeistern der Region, die Kindergärten in Hasselfelde und Stiege, das Stieger Seniorenheim, die Grundschule und das Diakonie-Krankenhaus in Elbingerode, die Teilnahme am traditionellen Laurentiade-Bootsrennen in Benneckenstein, der Vorlesetag in der Stadtbibliothek Elbingerode und die regelmäßigen öffentlichen Bürgersprechstunden auf den Wochenmärkten zu den Oberharzer Stationen ihrer bürgernahen Wahlkreisarbeit.

Mit Blick auf 2012 zeigten sich alle Teilnehmer einig, dass man gerade in Zeiten knapper Kassen gemeinsam anpacken müsse, um den Oberharz positiv weiterentwickeln zu können. Die Umsetzung des Tourismuskonzeptes, der Ausbau der Internetversorgung in allen Ortsteilen und die Realisierung notwendiger Infrastruktur- und Baumaßnahmen gehören für die Mitglieder der Ratsfraktion, den Ortsverband und Landtagsmitglied Evelyn Edler zu den Schwerpunkten im neuen Jahr.

So wird der jüngste Ratsbeschluss zum Ausbau des DSL-Netzes begrüßt. Bekanntlich hatten Edler und die Oberharzer LINKE bereits Mitte 2011 kritisiert, dass sich die weißen Flecken bei der Internetversorgung nicht in allen Ortsteilen mittels LTE-Funktechnik schließen lassen.

Auch bei der notwendigen Sanierung von Straßen und Brücken arbeite man eng zusammen. Gesprächskontakte zwischen den Akteuren im Oberharz und den zuständigen Landesministerien herzustellen, wie aktuell zur Problematik Philosophenbrücke in Rübeland, gehören für Edler zur tagtäglichen Erfüllung ihres Wählerauftrages.



Politischer Jahresabschluss der Oberharzer LINKEN in Benneckenstein, u.a. mit (v.l.) Kreisvorstand Michael Wisse (Elbingerode), Landtagsmitglied Evelyn Edler (Wernigerode), Ortsvorsitzende Christel Liebethuth (Benneckenstein) und Fraktionschef Volker Hedderich (Elbingerode).

Gut besuchtes Bürgergespräch mit MdL Evelyn Edler in Elbingeröder Heimatstube

Die Wernigeröder LINKE-Landtagsabgeordnete Evelyn Edler war dieser Tage in der Elbingeröder Heimatstube am Steinweg zu Gast und informierte sich bei einem Rundgang mit Heimatstubenchef Günther Breutel über die Oberharzer Heimatgeschichte und die vielseitigen Aktivitäten rund um die Heimatstube. Beeindruckt zeigte sich die Abgeordnete über die zahlreichen Exponate, die in den vergangenen Jahren von vielen Einwohnern zusammengetragen, in der wohl größten Heimatstube der Region liebevoll präsentiert werden.

Am Rundgang und dem anschließenden öffentlichen Bürgergespräch nahmen rund zwanzig Gäste teil, unter ihnen viele engagierte Mitstreiter des Heimatvereins, des Harzklubs, sowie Rübeldands Ortsbürgermeisterin Monika Badstübner (SPD), Stadträtin Christel Liebethuth (LINKE) und Friedrich Schulz, Grundschulchef und Vorsitzender des TuS Elbingerode.

Im Mittelpunkt des Bürgergespräches kamen zahlreiche aktuelle kommunale Themen zur Sprache. So berichtete MdL Evelyn Edler über ihr bisheriges Engagement im Oberharz und ihre Themenfelder im Landtag. So stehen in diesem Jahr die noch immer unzureichende Finanzausstattung der Kommunen, die Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung auf der Tagesordnung.

Rübeldands Ortsbürgermeisterin Monika Badstübner nutzte die Gelegenheit, Evelyn Edler für ihr Engagement bezüglich der sanierungsbedürftigen Straßen und Brücken im Ort zu danken und informierte die Gesprächsrunde über den aktuellen Stand im Ort.

Harzklub-Chef Gerd Borchert bat die Abgeordnete, sich der Problematik der Waldwege rund um Elbingerode anzunehmen. „Es mache kaum noch Spaß zu wandern“, so die einhellige Meinung vieler Anwesenden. Die Wege seien durch die Forstbetriebe arg ramponiert.

Edler stimmte der Kritik zu und gab zu bedenken, dass der Wald und die Wege eine wichtige Schutz- und Erholungsfunktionen und Vorrang vor rein erwerbswirtschaftlichen Interessen haben sollten.

TuS-Vorsitzender Friedrich Schulz mahnte ein vereins- und kommunenfreundliches Sportfördergesetz an. Der Landtag berät derzeit den Entwurf eines neuen Sportfördergesetzes. Edler versprach, die Anregungen und Bedenken der Sportvereine aus dem Wahlkreis mit in die Beratungen im Landtag einfließen zu lassen.

Zur finanziellen Unterstützung der Vereinsarbeit im Ort warb Evelyn Edler für den Solidarfond der LINKEN-Landtagsfraktion. Da DIE LINKE als einzige Partei die regelmäßigen Diätenerhöhungen ablehnt, zahlt jeder der 29 LINKEN-Abgeordneten monatlich 250 Euro in den Solidarfond ein, der auf Antrag von Vereinen an die Kinder-, Jugend-, Sport- und Vereinsarbeit in den Wahlkreisen ausgereicht wird.

Blankenburger und Oberharzer zum Arbeitsgespräch bei Minister Webel

Auf Initiative der beiden Harzer LINKE-Landtagsabgeordneten Evelyn Edler (Wernigerode) und André Lüderitz (Ilseburg) kamen Vertreterinnen und Vertreter der Lokalpolitik aus Blankenburg und dem Oberharz zu einem Arbeitsgespräch mit dem Minister für Landesentwicklung und Verkehr, Thomas Webel, in Magdeburg zusammen.

An der Gesprächsrunde nahmen neben Edler und Lüderitz die Landtagskollegen Angela Gorr und Ronald Brachmann, die Bürgermeister der Städte Blankenburg und Oberharz, Hanns-Michael Noll und Frank Damsch, sowie Dietmar Wiekert (Bürgerinitiative Rübeland) und Ulrich Kasten (Förderverein Rübelandbahn) teil. Im Mittelpunkt des Treffens mit Minister Webel standen Infrastrukturmaßnahmen im Oberharz und die Weiterentwicklung der Rübelandbahn als gemeinsames Tourismusprojekt der Region Blankenburg und Oberharz.

So unterstrichen alle Beteiligten gegenüber dem Minister noch einmal die Notwendigkeit der Sanierung der Susenburger Straße, der Brücken zum Ortsteil Neuwerk, der Bodebrücke



Heimatstubenchef Günther Breutel (l.) zeigt der Wernigeröder Landtagsabgeordneten Evelyn Edler (2.v.l.) bei ihrem Besuch der Heimatstube Exponate aus der Oberharzer Bergbaugeschichte. Begleitet wurde sie u.a. von Rübelands Ortsbürgermeisterin Monika Badstübner (3.v.l.) und LINKE-Stadträtin Christel Liebethuth.

Blankenburger Straße (L 96) und der Philosophenwegbrücke. Letztere musste bekanntlich bereits gesperrt werden und zwingt die Anwohner zu längeren Umwegen. Hier will das Ministerium im Ergebnis des Arbeitsgespräches prüfen, ob man im Zuge der Baumaßnahme Brücke L 96 eine Lösung finden kann, die Philosophenwegbrücke einzubinden.



Harzer Abgeordnete und Vertreter aus Blankenburg und dem Oberharz nahmen am Arbeitsgespräch mit Bauminister Thomas Webel in Magdeburg teil: (v.l.) MdL André Lüderitz, Ulrich Kasten (Förderverein Rübelandbahn), Dietmar Wiekert (Bürgerinitiative Rübeland), Oberharz-Bürgermeister Frank Damsch, MdL Ronald Brachmann, MdL Evelyn Edler und Blankenburgs Bürgermeister Hanns-Michael Noll.

Zweites Hauptthema war die Weiterentwicklung der Rübelandbahn. Hier wollen Blankenburg und der Oberharz weiter an einem Strang ziehen. Der lang gehegte Wunsch, Touristenzüge nach festem Fahrplan bis zum Haltepunkt Besucherbergwerk „Drei

Kronen & Ehrtr“ fahren zu lassen, bedarf einiger technischer und rechtlicher Voraussetzungen, bei denen Minister Weibel anbot, direkte Gespräche mit den wichtigen Akteuren und Unternehmen zu führen. Diese müssen mit ins Boot geholt werden, um eine nachhaltige touristische Entwicklung der Rübelandbahn erfolgreich auf den Weg bringen zu können, zeigten sich alle Beteiligten einig.



Hammerschläge in der Barbarastube begleiteten Wiedereröffnung von „Drei Kronen & Ehrtr“

Prächtige Stimmung herrschte vor und im Bergwerk „Drei Kronen & Ehrtr“ in Elbingerode. Neben den zahlreichen Gästen bestimmten vor allem die Mitglieder des Vereins „Bergfreunde Elbingerode“ mit ihren schmucken Uniformen das Bild. Der Grund dafür war allen ins Gesicht geschrieben: Nach langem Bemühen war es gelungen, das fast zwei Jahre geschlossenen Besucherbergwerk wieder der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Mit einem „Glück Auf“ begrüßte Gudrun Mehnert, Chefin der Arbeitsfördergesellschaft Harz, die Gäste in der Barbarastube tief im Berge. Ihre Gesellschaft hat den Schauteil des Bergwerks gepachtet und betreibt diesen nun gemeinsam mit Ralf Melzer, der mit seinem Team bereits das Bergwerksmuseum Büchenberg erfolgreich führt. Ralf Melzer stellte dann auch seine Fähigkeiten unter Beweis und steuerte die Grubenbahn mit den zahlreichen Gästen in den Stollen.

Der Chef der Bergbaufreunde Elbingerode, Dr. Harald Müller, machte unter Tage deutlich, wie sinnvoll es ist, wenn sich viele Interessiert und Förderer einem Ziel verschreiben. Die gemeinsamen Anstrengungen für das Bergwerk führten so seiner Wiedereröffnung.

Da André Lüderitz und sein Kollege Dr. Ronald Brachmann maßgeblich am Erfolg beteiligt waren, wurde beiden die höchste Auszeichnung des Vereins verliehen: Sie tragen nun stolz den Titel Ehren-Bergmann. Die damit verbundene Prozedur des dreifachen Hammerschlags unter Tage hat sicher eine nachhaltige Wirkung. Das wurde mit dem gemeinsamen Gesang der Bergmannshymne „Glück Auf, der Steiger kommt...“ bekräftigt.

Landrat Dr. Michael Ermrich würdigte das ehrenamtliche Engagement, ohne dass die Neueröffnung nicht möglich gewesen wäre. Er wünschte den Betreibern und den Bergbaufreunden jederzeit viel Erfolg.

Die Mannschaft um Ingo Brauckhoff, die für die Führungen im Besucherbergwerk zuständig ist, bereitet sich schon seit Wochen auf die Gäste vor. Unterstützung kommt vom Elbingeröder Bergbaufreunde-Verein. Nicht wenige seiner Mitglieder sind selbst in das Bergwerk, damals „Grube Einheit“, eingefahren und kennen jeden Meter unter Tage.

So gibt es seit 22.12.2011 wieder die täglich 11, 13 und 15 Uhr Besuchsmöglichkeiten. Die 1,5 Stunden dauernde Führung veranschaulicht, wie die Bergleute dem Harzgebirge die Bodenschätze abgerungen haben.



André Lüderitz hält sich bereit, während Gerhard Rösicke den schweren Hammer schwingt und Kurt Zange die Schaufel genau positioniert. Dr. Ronald Brauchmann hat das Ritual bereits glücklich überstanden.

TAZV Blankenburg und Umgebung steht 2012 vor wichtigen Entscheidungen

Der Rückgang der Einwohnerzahl im Versorgungsgebiet und das Gebot, die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung auch künftig wirtschaftlich zu führen waren Gegenstand des Arbeitsbesuches von Landtagsmitglied André Lüderitz beim TAZV in der Westerhäuser Str. Einig waren sich Lüderitz sowie Geschäftsführer Karl-Josef Hahner und Rica Paschke vom TZAV, dass 2012 wichtige Strukturentscheidungen zur Zukunft des Zweckverbandes zu treffen sind, die sich auch positiv auf die Gebührenentwicklung auswirken.

Letztlich geht es um die Interessen der Stadt Blankenburg und der anderen Mitglieder des Zweckverbandes.

Lüderitz wird sich, wie bereits geschehen, bei der Landesregierung für eine unterstützende Begleitung des Prozesses einsetzen.



Eine Exkursion der besonderen Art

Zur Landtags Sitzung am 15.12.2011 erwartete die Landtagsabgeordnete Monika Hohmann (DIE LINKE), Schülerinnen und Schüler aus den Pestalozzi-Schulen aus Wienrode und Wernigerode. Gegen 11.00 Uhr trafen diese im Landtag ein und wurden vom Besucherdienst in Empfang genommen. Es folgte eine informative Führung durch das Parlamentsgebäude und die Teilnahme an der Plenarsitzung. Hier erlebten die Jugendlichen die Aussprache zur Regierungserklärung des Ministers für Inneres und Sport Herrn Holger Stahlknecht zum Thema: „Die Werte von Freiheit und Demokratie“.

Zum Abschluss des Landtagsbesuches hatten die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, Fragen an die Abgeordnete Monika Hohmann zu stellen. Hier zeigten sie sich sehr interessiert. Nun konnten sie noch offene Fragen vom bereits erfolgten Schulbesuch der Abgeordneten am 05.12.2011 loswerden.

Monika Hohmann beantwortete alle Fragen. Z.B. „Wie viele Büros hat ein Landtagsabgeordneter?“, „Was macht ein Berufspolitiker denn so?“ oder „Wer legt die Sitzplätze der Abgeordneten im Plenum fest?“

Es gab aber auch einen Meinungsaustausch zu aktuellen Geschehnissen und Problemen, die im Plenum diskutiert wurden. So z.B. „Was sind Döner-Morde?“, Was ist ein V-Mann? oder „Wie stellt sich DIE LINKE zum Thema Berufsorientierung junger Menschen und zur Schulentwicklung in Sachsen-Anhalt?“

Schülerinnen und Schüler der Pestalozzi-Schulen aus Wienrode und Wernigerode erlebten Politik "somit hautnah"

Nach einem Abschlussfoto vor dem Landtag, nutzten die Schülerinnen und Schüler die verbleibende Zeit bis zur Abfahrt des Busses, um sich auf dem Weihnachtsmarkt von Magdeburg umzusehen.



Es war für alle Beteiligten ein gelungener Tag. (Gruppenbild vor dem Landtag)

Prostatakrebs Selbsthilfegruppe (SHG) erhält Spende

Monika Hohmann (DIE LINKE) konnte am 21.12.2011 eine Spende aus dem Solidarfonds der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt, an den Leiter der Selbsthilfegruppe für Prostatakrebspatienten, Herrn Horst Pauly, übergeben. Der Betrag von 200 Euro dient zur Unterstützung der weiteren Arbeit der SHG Prostatakrebs Nordharz.

Die Selbsthilfegruppe betreut derzeit 91 chronisch kranke Männer aus den Landkreisen Harz und Salzlandkreis. Mit einem sehr umfangreichen Programm versucht die SHG Probleme ihrer Mitglieder und betroffener Bürger zu lösen. Zusätzlich arbeitet sie ehrenamtlich mit Kooperationspartnern wie z.B. der Paracelsus-Klinik in Bad Suderode und dem AMEOS Klinikum in Halberstadt zusammen. Diese effiziente Möglichkeit der Zusammenarbeit dient als Modellprojekt der Prostatakrebs Selbsthilfegruppe im Harzkreis. Das Modell ist empfehlenswert für alle Selbsthilfegruppen, die mittels einer klaren Struktur ihre Arbeit optimieren wollen.



Monika Hohmann übergibt Spendenscheck an den Leiter der Prostatakrebs SHG Herrn Horst Pauly



Bespitzelung LINKER Abgeordneter – Angriff auf die Demokratie!

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 24. Januar 2012, informierte unser Fraktionsvorsitzender Dr. Gregor Gysi die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag über die ungeheuerliche Tatsache der „Überwachung“ von 27 Mitgliedern unserer Fraktion durch den Verfassungsschutz und verlas dabei die Liste mit den Namen der betroffenen Abgeordneten. Obwohl diese Informationen vom Bundesinnenministerium, gegeben auf Anfrage von Steffen Bockhahn (Mitglied im Vertrauensgremium nach §10a Bundeshaushaltsordnung, einem Unterausschuss des Haushaltsausschusses, auch Geheimdienstausschuss genannt), streng geheim sind, hat Dr. Gregor Gysi in offener Sitzung der Fraktion diese Namen verlesen. Sie stehen ja seit selbigem Dienstag auch auf Spiegel.online.

Ich wurde bereits Montagabend, den 23. Januar 2012, am Rande des Neujahrsempfanges unserer Fraktion vertraulich informiert, dass auch ich auf dieser Liste stehe. Dies hat mich zwar in diesem Moment nicht überrascht, aber inzwischen erschließen sich mir die Dimensionen dieser Vorgänge zunehmend deutlicher.

Dr. Gregor Gysi hat in der Fraktionssitzung folgende drei Dimensionen dieses politischen Skandals genannt und erläutert:

1. Da z. B. in seiner Akte, welche beim Bundesamt für Verfassungsschutz geführt wird und die er auf Antrag Weihnachten in Kopie zur Einsichtnahme ausgehändigt bekam, bis auf seinen Namen und Geburtstag alle Inhalte geschwärzt sind, kann es sich hier nicht um Inhalte handeln, welche nur aus öffentlich zugänglichen Informationsquellen (z. B. Presse) stammen, also wie behauptet, nur durch reine Beobachtung zustande gekommen sind. Diese bräuchten ja nicht geschwärzt zu werden. Da sie dies aber sind, handelt es sich dabei offensichtlich um mit Mitteln und Methoden der geheimdienstlichen Überwachung beschaffte Informationen. Also werden diese 27 Abgeordneten des

Bundestages der Fraktion DIE LINKE. höchstwahrscheinlich überwacht, was unzulässig ist.

2. Werden viele der Menschen, welche uns kontaktieren bzw. mit uns zusammenarbeiten, nun total verunsichert / verängstigt, mit uns Abgeordneten überhaupt zu reden. Sie müssen jetzt befürchten, dass ihre Anliegen von uns als Abgeordnete nicht mehr vertraulich behandelt werden können.

3. Und dies wiederum behindert uns in der Ausübung unserer grundgesetzlich verbrieften Rechte als Mandatsträger (Art. 38 GG).

Ich habe noch eine aus meiner Sicht vierte, von noch Keinem bisher bedachte Dimension während der Aussprache in dieser Fraktionssitzung genannt:

4. Nicht erst seit den Ereignissen um die rechte Terrorzelle aus Thüringen ist bekannt, dass es sehr enge Beziehungen, höchstwahrscheinlich sogar eine enge Zusammenarbeit, zwischen den Geheimdiensten und der rechten Szene in jeglicher Form gibt (Austausch von Informationen, Finanzierung, Beschaffung amtlicher Dokumente u. u.). Also ist zu befürchten, so meine Schlussfolgerungen, dass es auch im Falle der Überwachung linker Abgeordneter und anderer einen intensiven Informationsaustausch zwischen den Geheimdiensten und den Rechten gibt. Nach der Devise, gibst du mir, so gebe ich dir. Das hieße zwangsläufig, die rechte Szene weiß über uns und uns nahestehende Menschen, insbesondere Familie, Verwandte und enge Freunde, bestens bescheid (Persönlichkeits- und Bewegungsprofile).

Dies ist ein sehr ernst zu nehmender Angriff auf unser aller Grundrechte – die Verfassung - und somit auf unsere Demokratie! Feinde unserer Verfassung sitzen im Verfassungsschutz selbst! Deshalb müssen der Verfassungsschutz und alle anderen Geheimdienste aufgelöst werden!

Ich lasse mir die Bespitzelung meiner Person durch die Geheimdienste nicht gefallen und werde deshalb mit all den mir zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen vorgehen. Insbesondere auch in Ihrem Interesse. (27.01.2012)

Wehrbericht deckt katastrophale Zustände innerhalb der Bundeswehr auf

„Der Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee war von Anfang an falsch und zeigt nun auch innerhalb der Bundeswehr durch vermehrte Unzufriedenheit der Soldatinnen und Soldaten sowie Probleme bei der Nachwuchsgewinnung seine Auswirkungen“, kommentiert Harald Koch, Mitglied im Verteidigungsausschuss für die Fraktion DIE LINKE, den heute vorgestellten Jahresbericht des Wehrbeauftragten. Koch weiter:

„Wer unausgegorene und falsch konstruierte Konzepte umsetzen will, braucht sich über „schlechte Stimmung“ und „tiefgreifende Verunsicherung“ in der Truppe nicht zu wundern. Denn bei der Verfolgung von militärischen Interessen vergisst die Bundesregierung die Soldatinnen und Soldaten mitzunehmen und sich auch angemessen um deren Interessen und Belange zu kümmern. Das macht dieser Bericht einmal mehr deutlich. Verfehlungen von Vorgesetzten, Ausbildungsdefizite, Trennungs- und Scheidungsraten bei Soldatinnen und Soldaten von bis zu 80 Prozent, immer weiter steigende Zahlen von Traumatisierungen und nicht eingehaltene Versprechungen der Abhilfe kommen nicht von Ungefähr. Sie sind die direkte Folge einer nicht zu Ende gedachten und falsch ausgerichteten Bundeswehrreform und eine Bedrohung des Leitbildes vom Staatsbürger in Uniform.“

Angesichts dieser Entwicklungen ist die Arbeit des Wehrbeauftragten wichtiger denn je. Es reicht jedoch nicht, die Missstände Jahr für Jahr zu benennen, sie müssen auch endlich ausgeräumt werden.“ (24.01.2012)



Beim Nachbar geschaut

Sahra Wagenknecht und Harald Koch in Mücheln Podiumsgespräch zum Thema "Finanzkrise: Das Ende Europas und unserer Kommunen?"

Die Finanzkrise, wahlweise Euro-Krise oder auch mal nicht ganz korrekt Staatsschuldenkrise genannt, beschäftigt das politische Deutschland, ja ganz Europa schon seit geraumer Zeit. Leidtragende sind auch die Kommunen, die über leere Kassen zu klagen haben. Die Finanzkrise ist dabei nicht nur ein abstraktes Problem für europäische Staaten bzw. die EU. Sie trifft auch die Menschen direkt. Nämlich dann, wenn aus Finanznot kommunale Einrichtungen wie Schwimmbäder oder Bibliotheken und Jugendclubs schließen müssen. Oder wenn die Spareinlagen nicht mehr sicher sind und die Menschen zurecht Angst um ihr hart verdientes Geld. Im Kern ist die Finanzmarktkrise eine Krise der Demokratie und des blinden Glaubens an die Selbstheilungskräfte der Märkte. Doch alles berechnete Klagen hilft nichts. Die derzeitige Lage muss scharf analysiert werden, und es müssen Lösungen her, die auch schnell greifen.

Analysen und Lösungen wollten und konnten auch Sahra Wagenknecht, Stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE und Erste Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion, und Harald Koch, Mitglied des Bundestages für DIE LINKE und dort unter anderem im Finanz- und Verteidigungsausschuss, liefern. Im Rahmen eines Podiumsgesprächs am 08. Februar 2012 in Mücheln/Geiseltal informierten und diskutierten sie vor und zusammen mit gut 200 Menschen unter der Leitfrage "Finanzkrise - Das Ende Europas und unserer Kommunen?" die aktuelle Situation und brennende Fragen der anwesenden Gäste und gaben den Anwesenden mit auf den Weg, wie nun am Besten politisch konstruktiv zu handeln wäre. Die Veranstaltung stieß auf große Begeisterung, die sich auch darin zeigte, dass Sahra Wagenknecht im Anschluss zahlreiche Exemplare ihres aktuellen Buches "Freiheit satt Kapitalismus" signieren musste. Und auch Harald Koch, direkt in den Bundestag gewählt im Wahlkreis Mansfeld, stand den Menschen gern noch länger Rede und Antwort. Einfach nur ein gelungener Abend!

Vielversprechender Neustart der BAG Kommunalpolitik

Fast 70 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus 11 Bundesländern haben sich am 4. Februar 2012 zur Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft in Hannover getroffen.

Das Bedürfnis, sich über linke kommunalpolitische Projekte und gute Erfahrungen kommunalpolitischer Arbeit auszutauschen sowie Lösungen zu erarbeiten ist groß. Einig war man sich, dass Kommunalpolitik in der Bundesrepublik und in der LINKEN einen höheren Stellenwert einnehmen muss.

Themen wie Demokratisierung und Kommunalfinanzen sowie die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen und öffentliche Unternehmen sollten prioritär diskutiert und vorangebracht werden. Alles in allem: Der Neustart ist gelungen und vielversprechend was die Vorhaben und Ideen für die zukünftige Arbeit der BAG betrifft.

Es wurde ein SprecherInnenrat gewählt. Im Gehören an:

Katrin Kunert, kommunalpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Mitglied des Kreistages und des Stadtrates Stendal.

Dagmar Pohle, stellvertretende. Bezirksbürgermeisterin von Berlin Marzahn-Hellersdorf.

Felicitas Weck, kommunalpolitische Referentin der Bund-Länder-Koordinierung der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Dagmar Zoschke, MdL, Mitglied des Kreistages Anhalt-Bitterfeld, des Stadtrates Bitterfeld-Wolfen, des Ortschaftsrates Bitterfeld und Mitglied des Parteivorstandes DIE LINKE.

Steffen Harzer, Bürgermeister von Hildburghausen, Mitglied des Parteivorstandes DIE LINKE.

Bernhard Sander, Stadtverordneter in Wuppertal.

Axel Troost, finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Mitglied des Parteivorstandes DIE LINKE.

Der SprecherInnenrat wird sich sicher bald konstituieren, denn Arbeit gibt es genug. Es kann also losgehen. Wir laden alle Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikerinnen mit dem Mandat der LINKEN ein, sich in die Arbeit der BAG Kommunalpolitik einzubringen.

Weitere Informationen sowie eine **Erklärung zur Mitgliedschaft in der Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik und parlamentarische Arbeit** unter: DIE LINKE BAG Kommunalpolitik und parlamentarische Arbeit - z. H. Frau Maritta Böttcher, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Telefon: (030) 24009615, Telefax: (030) 24009645 - maritta.boettcher@die-linke.de

Quelle: <http://www.die-linke.de/nc/politik/kommunal>

An die Mitglieder des Landesverbandes Sachsen-Anhalt

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Mitgliederentscheid zur Bestätigung des auf dem Erfurter Bundesparteitag beschlossenen Programms ist in der vergangenen Woche zu Ende gegangen. Mit einer Zustimmung von 95,81 Prozent bundesweit hat die Programmdebatte einen erfolgreichen Abschluss gefunden.



Ich möchte mich bei allen, die sich am Mitgliederentscheid beteiligt haben, sehr herzlich bedanken. Mein besonderer Dank gilt jenen ehrenamtlichen HelferInnen und hauptamtlichen MitarbeiterInnen, die über mehrere Wochen unermüdlich für einen möglichst reibungslosen und korrekten Ablauf gesorgt haben.

Am vergangenen Sonntag hat in der Bundesgeschäftsstelle die Auszählung aller bundesweit eingegangenen Rücksendungen stattgefunden. Die Abstimmungskommission, die aus VertreterInnen der Landesverbände und des Bundes besteht, hatte entschieden, keine landesbezogenen Ergebnisse zu veröffentlichen. Der Grund dafür war, dass eingegangene Rücksendungen zweier Landesverbände offensichtlich im Auszählungsprozess teilweise miteinander vertauscht wurden. Damit war für diese beiden betroffenen Landesverbände kein klares Abstimmungsverhalten ermittelbar. Dieser Fakt ändert nichts an der Richtigkeit des Gesamtergebnisses, in das alle abgegebenen Stimmen eingeflossen sind.

Der Geschäftsführende Parteivorstand hatte am Montag nach ausführlicher Diskussion vereinbart, sich nicht über die Entscheidung der Abstimmungskommission hinweg zu setzen und darum gleichfalls keine Landeszahlen zu veröffentlichen. Der Landesvorstand Sachsen-Anhalt hat sich an diese Vereinbarung gehalten.

Ich musste jedoch gestern und heute den Medien entnehmen, dass die übergroße Zahl der Landesverbände ihre Ergebnisse (zumindest teilweise) veröffentlicht hat. Sowohl in der Partei als auch

öffentlich sind mittlerweile zahlreiche Irritationen entstanden.

Insgesamt muss man leider feststellen, dass unsere Partei in der Frage parteiinterner Kommunikation und Verbindlichkeit von Absprachen wieder zur „Höchstform“ aufgelaufen ist.

Da ich vermeiden möchte, dass der Eindruck entsteht, der Landesverband Sachsen-Anhalt habe als einer der wenigen Landesverbände, die noch keine Zahlen bekannt gegeben haben, etwas zu verheimlichen, möchte ich Euch auf diesem Wege über das Ergebnis für Sachsen-Anhalt informieren:

Am Mitgliederentscheid haben sich 3024 Genossinnen und Genossen beteiligt, das entspricht 58,82 Prozent. 2910 haben mit Ja gestimmt (96,61 Prozent), 38 mit Nein, 64 haben sich der Stimme enthalten. 12 Stimmen waren ungültig.

Der Landesverband Sachsen-Anhalt liegt damit sowohl bei der Beteiligung als auch bei der Zustimmung zu unserem neuen Programm im Trend der ostdeutschen Landesverbände. Wir können gemeinsam stolz sein auf dieses eindrucksvolle Ergebnis. Es markiert einen erfolgreichen Schlusspunkt unter das politische Jahr 2011 für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt.

Mit solidarischen Grüßen

Matthias Höhn
Landesvorsitzender

Auszug aus der Sofortinformation der Bundesgeschäftsführung über die Beratung des Geschäftsführenden Parteivorstandes am 19. Dezember 2011

Liebe Genossinnen und Genossen, in der **aktuell-politischen Verständigung** nahm der Geschäftsführende Parteivorstand zunächst das **Ergebnis des Mitgliederentscheids 2011** mit einer sehr hohen Zustimmung zum Parteiprogramm zur Kenntnis.

Es wurden 32.728 Ja-Stimmen, das entspricht 95,81 Prozent, für das neue Parteiprogramm abgegeben. Es gab 668 Nein-Stimmen (1,96 Prozent) und 764 Enthaltungen (2,24 Prozent). 39 Stimmen waren ungültig. Insgesamt haben sich 34.199 von 69.886 Mitgliedern an dem Mitgliederentscheid beteiligt, das entspricht 48,86 Prozent. Die Zustimmung von 96,9 Prozent der Delegierten auf dem Erfurter Parteitag und von nunmehr 95,81 Prozent der Mitglieder ist ein gutes Signal für die Zukunft. Der Geschäftsführende Parteivorstand bedankte sich bei allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern, die den Mitgliederentscheid mit organisiert und am Sonntag, dem 18. Dezember, bei der Auszählung geholfen haben.



Betreuungsgeld stoppen: Die SPD und ihr Geschwätz von gestern

Zur Pressemeldung von Nadine Hampel, gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, erklärt die kinder-, jugend- und familienpolitische Sprecherin der Fraktion **Monika Hohmann**:

„Man hat das Gefühl, dass die SPD die Koalitionsarithmetik nur dann außer Acht lässt, wenn es möglichst folgenlos und unschädlich ist, klare Position zu beziehen.

Die Fraktion DIE LINKE hatte zur Landtagssitzung am 15. Dezember einen Antrag (**LT-DRUCKSACHE 6/628**) eingebracht, mit dem das geplante Betreuungsgeld verhindert werden sollte. Der Antrag sollte direkt abgestimmt werden, da die entsprechende Initiative am nächsten Tag im Bundesrat verhandelt werden sollte.

Die Koalitionsfraktionen legten den Antrag lahm, in dem sie ihn in den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen haben. So hat man sich um eine klare Entscheidung gedrückt.

Obwohl die Kritik am Betreuungsgeld wahrlich nicht neu ist, bedurfte es wohl der EU-Kommission, um die SPD aufzuwecken. Es ist schon ziemlich dreist, mit welcher Selbstverständlichkeit Positionen gewechselt werden – aber eben nur dann, wenn es möglichst niemand mitbekommen soll.

Der Antrag wurde ja nun sinnigerweise in den Ausschuss überwiesen und harrt dort der Beschlussfassung. Frau Hampel sollte ihre Position konstruktiv in die Erarbeitung einer Beschlussempfehlung an den Landtag einbringen.“ (MD, 2.02 2012)

Entwicklung der Kinderarmut ist akute Herausforderung

Zu den heute veröffentlichten Zahlen zur Entwicklung der Kinderarmut in Sachsen-Anhalt erklärt die kinder-, jugend- und familienpolitische Sprecherin der Fraktion **Monika Hohmann**:

„Mit der Einführung des SGB II im Jahr 2005 lebten in Sachsen-Anhalt 26,7 % aller Kinder unter 15 Jahren in Familien mit Arbeitslosengeld II-Bezug. Im Mai

2007 waren es 31,5 % und im Oktober 2008 29,9 % aller Unter-15jährigen, die in Sachsen-Anhalt von Sozialgeld lebten. Nach den aktuell verfügbaren Zahlen der Bundesagentur für Arbeit leben mit Stand September 2011 68.233 Kinder in Sachsen-Anhalt in relativer Armut. Das sind 27,05 % aller Unter-15jährigen (gesamt 252.244, Statistisches Landesamt).

Die absolute Zahl der betroffenen Kinder ist über die Jahre zwar gesunken, aber nur deshalb, weil die Kinderzahl insgesamt gesunken ist. Die Quote ist im Grunde unverändert geblieben. Es muss festgestellt werden, dass weiterhin ca. jedes dritte Kind unter 15 Jahren von Armut betroffen ist - ein Zustand, an dem sich seit Einführung von Hartz IV nichts geändert hat.

Die heute veröffentlichten Zahlen der Bertelsmann-Stiftung zeigen, dass Armut besonders die unter Dreijährigen trifft. Sachsen-Anhalt ist mit 33,2 Prozent Spitzenreiter unter den Flächenländern. Offenbar gestaltet sich der Rückgang der Kinder, die von Hartz IV betroffen sind, in anderen Bundesländern erfolgreicher als bei uns. Unter anderem deswegen ist es wichtig, den Ganztagsanspruch für alle Kinder so zügig wie möglich umzusetzen, um Nachteile ausgleichen und gleiche Bildungs- und Teilhabechancen für alle Kinder zu ermöglichen.“ (Magdeburg, 01. Februar 2012)

Abwärtstrend bei den Fachkräften in der Jugendarbeit

Dazu erklärt die kinder-, jugend- und familienpolitische Sprecherin der Fraktion **Monika Hohmann**:

„Von 2009 bis 2011 schrumpfte die Zahl der sozialpädagogischen Fachkräfte, die in den Kommunen im Bereich der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit tätig sind, um ca. 15 Prozent von 185 (2009) auf 158 (2011). Dies geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage meiner Fraktion hervor (LT-Drs. 6/729).

Das Land bezuschusst über das sogenannte „Fachkräfteprogramm in der Jugendarbeit“ Personal, das vor Ort in Jugendclubs, Jugendverbänden, Jugendwerkstätten etc. tätig ist. Mit dem Jahr 2011 wurde der Landeszuschuss von 3,5 auf 3 Millionen Euro gekürzt - die Kommunen tragen die restlichen 30 Prozent der erforderlichen Personalausgaben.

Obwohl die Förderung der örtlichen Aufgaben gemäß §§ 11 bis 14 SGB VIII Aufgabe der örtlichen Träger der Jugendhilfe ist, zeigt diese Entwicklung deutlich, dass die zuständigen Landkreise und kreisfreien Städte nicht in der Lage sind, ausbleibende Landesmittel zu kompensieren. Eine Kürzung auf Landesebene schlägt unmittelbar auf die Anzahl der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen durch. Davon sind im Rahmen des Fachkräfteprogramms überwiegend Frauen betroffen.

Besonders im ländlichen Raum steht die Jugendarbeit schon seit Jahren vor demografischen und infrastrukturellen Herausforderungen. Der neue Abwärtstrend wird diese Situation nicht verbessern – die Qualität wird in der Fläche schwer zu halten sein.

DIE LINKE fordert verlässliche Aussagen der Landespolitik und setzt sich – mindestens – für den zukünftigen Beibehalt des Fachkräfteprogramms in der derzeitigen Höhe ein. Andererseits macht dieser Trend sehr anschaulich klar, wie wichtig eine konsequent aufgabenbezogene und auskömmliche finanzielle Ausstattung der Kommunen über das FAG ist.“ (MD, 30.01.2012)

Kinderbetreuung - Wie man 53 Millionen Euro „billiger“ macht

Zum gestrigen Vorschlag der SPD-Fraktion und des Sozialministers zum Entwurf des Kinderförderungsgesetzes erklärt die kinder-, jugend- und familienpolitische Sprecherin der Fraktion **Monika Hohmann**:



„Die Volksstimme berichtete am 24.01.2011, der Sozialminister benötige für die Finanzierung des Gesetzes im Jahr 2017 53 Millionen Euro. Finanzminister Bullerjahn seinerseits war nicht bereit, die angedachten 30 Millionen Euro zu überziehen.

Nach einigem Hin und Her legt die SPD nun eine gekürzte Version vor, die einen stufenweisen Einstieg in die Ganztagsbetreuung – getrennt nach Kindergarten und Krippe – ebenso vorsieht wie die Kürzung der Vor- und Nachbereitungszeiten von 3 auf 2,5 bzw. 6 auf 5 Stunden. Im Jahr 2016 soll diese Variante das Land dann insgesamt 53,2 Millionen Euro kosten. Der Finanzminister habe dazu sein „Okay“ gegeben, teilt die SPD mit.

Den offensichtlichen Sinneswandel des Finanzministers begrüßt DIE LINKE natürlich grundsätzlich, doch es bleiben Fragen offen:

Weshalb wurden überhaupt Kürzungen zu Lasten der pädagogischen Rahmenbedingungen vorgenommen, wenn diese offenbar – sofern man den veröffentlichten Zahlen glauben darf – in der Summe zu keinerlei Einsparungen führen?

Haben die ersten Berechnungen nicht gestimmt?

DIE LINKE wird Klarheit bezüglich der Berechnungsgrundlagen einfordern, denn ganz so einfach können 53 Millionen Euro nicht plötzlich „billiger“ gemacht werden.“ (*Magdeburg, 25. Januar 2012*)

Keine Wählertäuschung bei Kinderbetreuung

Zur Ankündigung des Sozialministers, die Ganztagsbetreuung nicht wie versprochen 2013 einzuführen, erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion **Monika Hohmann**:

„Sollte der Sozialminister mit seiner Ankündigung die Pläne für die Wiedereinführung der Ganztagsbetreuung aller Kita-Kinder bis 2017 realisieren wollen, ist das ein deutlicher Bruch der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU. In den vergangenen Tagen zeichnete sich mehrfach ab, dass die SPD nicht im Geringsten daran interessiert ist ihr Wahlversprechen vom März 2011 einzulösen. Die LINKE bezeichnet dies als klare Wählertäuschung.

Dies ist zudem ein Affront gegenüber dem Landtag - wenige Stunden nach Beschlussfassung zum Haushalt. Es ist unseriös, weder in der Haushaltsaufstellung noch in der Haushaltsberatung des Landtages einen Änderungsantrag für mehr Geld in der Kinderbetreuung zu stellen und stattdessen zu einem Zeitpunkt, wo "die Messen gesungen sind" diese "Bombe" platzen zu lassen.

Die LINKE verlangt noch in der morgigen Landtagssitzung eine Erklärung der Landesregierung. Die LINKE hält nach wie vor an dem von einem breiten Bündnis geforderten Ganztagsanspruch für alle Kinder fest.“ (*Magdeburg, 19. Januar 2012*)

KiFöG-Novelle nicht zum Spielball machtpolitischer Interessen machen

Zur heutigen Meldung der Mitteldeutschen Zeitung erklärt die kinder-, jugend- und familienpolitische Sprecherin der Fraktion **Monika Hohmann**:

„Was wir gerade erleben dürfen, zeigt, wie ein politisch vernünftiges Ziel - die Rückkehr zur Ganztagsbetreuung für alle und die Verbesserung der pädagogischen Rahmenbedingungen in den Kitas - in die Mühlen zwischen Machtpolitik auf der einen Seite und der Unfähigkeit der SPD, endlich eine klare Entscheidung zu treffen, gerät.

Die Regionalkonferenzen des Sozialministers haben ein eindeutiges Signal abgegeben: Die Rückkehr zur Ganztagsbetreuung muss begleitet werden von verbesserten pädagogischen Rahmenbedingungen. DIE LINKE unterstützt diese Forderung ausdrücklich.

Das kostet Geld, und zwar mehr als der Finanzminister meint. Das ist nicht erst seit letzter Woche bekannt. Der Unterschied zwischen 30 Mio. Euro und 50 Mio. Euro ist mitnichten eine Frage von Rechenfehlern, sondern eine Frage von ausbleibender politischer Entscheidungsfindung in der SPD. Die geneigte Öffentlichkeit fragt sich nun, was wohl der politische Wille der SPD ist: Bisher war noch nicht viel zu hören.

Statt machtpolitischem Geplänkel und Ressortegoismen ist endlich eine klare Entscheidung gefragt, mit der man sich dann auch auseinandersetzen kann. Die Erwartungen der betroffenen Familien und ErzieherInnen sind hoch. Mit Recht erwarten sie eine politische Entscheidung im Sinne der Betroffenen.“ (*Magdeburg, 19. Januar 2012*)

Ganztagsanspruch und verbesserte pädagogische Rahmenbedingungen unverzichtbar

Zur momentanen Diskussion im Vorfeld der Novelle des Kinderförderungsgesetzes erklärt die kinder-, jugend- und familienpolitische Sprecherin der Fraktion **Monika Hohmann**:

„Die momentanen Diskussionen zeigen, welche großen Fehler 2002 gemacht wurden, als aus dem System der Kinderbetreuung 45 Millionen Euro gestrichen wurden. Der Halbtagsanspruch hat sich mittlerweile als bildungs- und gesellschaftspolitisches Desaster herausgestellt. Er führte in der Folge zu einer mitunter drastischen Verkürzung der Arbeitszeiten der Erzieherinnen und Erzieher. Dies und die Verschlechterung des Personalschlüssels im Kindergarten hatten insgesamt eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den Kitas zur Folge - von denen aber hängt letztlich die Qualität pädagogischen Handelns ab. Und all das trotz des Bildungsprogramms „Bildung elementar“, das für sich genommen ohne Zweifel einen Fortschritt darstellte.

500 Euro-Spende für „BRAVE – Das etwas andere Magazin“



Die Wernigeröder LINKE-Landtagsabgeordnete Evelyn Edler (l.) und der Hallenser LINKE-Landtagsabgeordnete Hendrik Lange (r.) übergeben Susanne Scharfenberg (2.v.l.) und Stephan Ruthe (2.v.r.) eine Spende aus dem Solidarfonds der LINKEN-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.

Es ist und bleibt eine zentrale Forderung der LINKEN, wieder zum Ganztagsanspruch von 10 Stunden für alle Kinder zurückzukehren, unabhängig vom Status ihrer Eltern. Über eine stufenweise Einführung kann geredet werden – da sind wir offen.

Doch dabei kann es nun nicht mehr bleiben: Die Probleme mit den Personalschlüsseln, der Umgang mit Ausfällen von ErzieherInnen, zu wenig Vor- und Nachbereitungszeiten trotz wachsender Aufgaben, keine konkreten Freistellungsregelungen für Kita-Leitungen etc. - all das waren Fragen, die bisher eher Insidern oder Personen beschäftigten, die mit Kinderbetreuung direkt zu tun haben. Seit der Veranstaltungsreihe „Dialog Kita“ des Sozialministers haben diese Probleme eine neue Qualität in der öffentlichen Wahrnehmung gewonnen.

Jetzt hat die Landesregierung die Wahl: Entweder, sie nimmt die fehlenden Mittel in die Hand und sorgt für eine zeitgemäße Kinderbetreuung, oder sie enttäuscht die betroffenen Eltern, Kinder und ErzieherInnen. Finanzminister Bullerjahn sollte diese Frage zunächst für sich klären, bevor er sich an seine 30 Millionen klammert.“ (Magdeburg, 17. Januar 2012)

Landesregierung soll Zweite Phase der Lehrerbildung in Sachsen-Anhalt gründlich analysieren und Schlussfolgerungen ziehen

Die Zweite Phase der Lehramtsausbildung in Sachsen-Anhalt ist in der letzten Zeit in verschiedener Hinsicht neu gestaltet worden. Die bildungspolitische **Sprecherin der Fraktion Edwina Koch-Kupfer** erklärt dazu:

„Die modularisierte und auf 16 Monate verkürzte zweite Ausbildungsphase der Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen-Anhalt läuft noch nicht rund. Als vor wenigen Tagen die Abschlusszeugnisse überreicht wurden, wandten sich angehende Lehrerinnen und Lehrer in einem offenen Brief an den zuständigen Minister und Abgeordnete.

DIE LINKE nimmt die Sorgen der Kolleginnen und Kollegen ernst und wird in die Januarsitzung des Landtages einen Antrag einbringen, der die Landesregierung zu einer klaren Analyse der Ausbildung auffordert und Schlussfolgerungen verlangt. Dabei sollte sie auch verstärkt das Gespräch mit Referendarinnen und Referendaren, Anwärterinnen und Anwärtern sowie jungen Lehrkräften suchen.

Besonders wichtig ist für uns, dass genügend gut qualifizierte Ausbilderinnen und Ausbilder zur Verfügung stehen. Vor allem die Mentorinnen und Mentoren an den Ausbildungsschulen brauchen die erforderliche Zeit und Anerkennung für ihre Arbeit. DIE LINKE fordert daher eine ausgewogene Fortbildung für die zahlreichen neuen Kolleginnen und Kollegen in der Lehrerausbildung, die in Verbindung mit der Aufstockung der Ausbildungskapazitäten ihre Tätigkeit aufgenommen haben.

Außerdem ist es uns wichtig zu erfahren, wie erfolgreich die neue Lehrerausbildung in der Zweiten Phase wirklich ist. Wie sehen die Prüfungsergebnisse aus, wie kommen die Anwärterinnen und Anwärter, Referendarinnen und Referendare mit der Ausbildungszeit klar und wie viele müssen Ausbildungsverlängerung beantragen?

Für meine Fraktion genügt bei dieser Problematik nicht allein der Blick auf die Staatlichen Seminare und die Ausbildungsschulen. Wenn es um Schlussfolgerungen geht, muss die gesamte Lehrerausbildung in den Blick.

Gerade bei der jetzt schon angespannten Personalsituation an den Schulen, die sich in den nächsten Jahren noch verschärfen wird, ist für uns die Ausbildung der künftigen Lehrerinnen und Lehrer eine Schlüsselfrage. Die wachsenden Aufgaben einer anspruchsvollen schulischen Allgemeinbildung verlangen in erster Linie gut ausgebildete und hochmotivierte Lehrerinnen und Lehrer.“ (MD, 20. Dezember 2011)

Bürgerbeteiligung ausbauen und Demokratie stärken – Soziale Absicherung und Chancengleichheit verbessern – Öffentliche Daseinsvorsorge sichern

Der Landesvorstand und die Landtagsfraktion sowie die Mitglieder des Bundestages aus Sachsen-Anhalt der Partei DIE LINKE haben in einer zweitägigen Klausurberatung in Dessau-Roßlau die gemeinsamen Schwerpunkte bis 2013 abgesteckt.



Matthias Höhn & Wulf Gallert

Zivilgesellschaft statt Geheimdienst

Zu Beginn der Beratung verabschiedeten die Anwesenden einstimmig die Erklärung „**Breites zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts bleibt notwendig – Überwachung der Partei DIE LINKE beenden**“. Darin heißt es u.a.: „Nicht wegschauen, sondern einmischen“ – nicht Ruhe, sondern Vielfalt. Antifaschistische Initiativen, Projekte und Archive haben zusammen mit den Medien weit mehr über die rechten Strukturen sowie aktuell über die rassistische Mordserie an die Öffentlichkeit gebracht, als jede Pressekonferenz der Behörden und jeder parlamentarische Innenausschuss. Das zivilgesellschaftliche Engagement bleibt für uns die Basis im Kampf gegen Rechts.“ DIE LINKE setzt sich nach wie vor dafür ein, die so genannte Extremismusklausel, die einschüchtern soll und Engagement diskreditiert, endlich zu streichen.

- DIE LINKE hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode ihre Vorschläge für ein **Landesprogramm für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus** veröffentlicht. Die Landesregierung ist in der Pflicht, nun endlich ihre konzeptionellen Vorstellungen auf den Tisch zu legen. Auch wenn die im Doppelhaushalt 2012/13 dafür veranschlagten Mittel bei weitem nicht ausreichen – es geht um die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und darum, Demokratieförderung als Querschnittsaufgabe zu verstehen.

Zudem verurteilt DIE LINKE in Sachsen-Anhalt die Überwachung von Mitgliedern und MandatsträgerInnen der Partei durch den Verfassungsschutz. Diese zielt einzig und allein darauf ab, einen Teil des demokratischen Streits über Ideen, Werte und die Zukunft unseres Landes als

illegitim abzustempeln und gesellschaftliche Kooperation im linken Spektrum zu verhindern. DIE LINKE wird sich davon nicht einschüchtern lassen.

Ausbau direkter BürgerInnenbeteiligung

Für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt bilden der Ausbau demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten, soziale Absicherung und Chancengleichheit sowie die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge die politischen Schwerpunkte bis 2013.

DIE LINKE sieht im **Ausbau direkter Bürgerbeteiligung** keinen Ersatz parlamentarischer Demokratie, sondern eine wichtige Ergänzung. Es geht um ein größeres Maß an Transparenz politischer Entscheidungsprozesse und eine unmittelbare Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern. Die Politik der vergangenen Jahrzehnte bedeutete einen radikalen Verlust von Demokratie, es gilt, die gesellschaftlich relevanten Entscheidungen wieder auf eine breite Legitimation zu stellen.

- DIE LINKE wird eine **Novellierung des Volksabstimmungsgesetzes** initiieren, um Beteiligungsquoten zu senken und Partizipationsmöglichkeiten auszubauen.
- Zudem wollen wir bei allen Wahlen **das Wahlalter auf 16 Jahre absenken**.
- DIE LINKE sieht vor allem in den neuen Kommunikationsmedien größere Chancen unmittelbarer Information und Beteiligung. **Open Government und Open Data** müssen perspektivisch Standard öffentlicher Verwaltung und Politik in Sachsen-Anhalt werden.
- DIE LINKE setzt sich für eine öffentliche Debatte zur Neustrukturierung der **EUFörderperiode** ab 2014 ein.
- Demokratie muss erlebbar sein. Der Ausbau von **Schulautonomie** und mehr Schuldemokratie sowie eine **Demokratisierung von Hochschule** sind für DIE LINKE dafür wichtige Ansatzpunkte.

Gute Arbeit im öffentlichen Auftrag

Nicht erst im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise hat Prekarisierung von Arbeit zugenommen – sie ist aus Sicht der LINKEN sogar eine der Ursachen. DIE LINKE bleibt dabei, Lohndumping energisch zu begegnen und vor allem durch öffentliche Aufträge nicht noch zu befördern. Wir fordern: **Gute Arbeit im öffentlichen Auftrag!**

- DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Forderungen zur **Verbesserung der Arbeitsbedingungen** in Sachsen-Anhalt von den öffentlichen Arbeitgebern im eigenen Verantwortungsbereich umgesetzt werden. Für das Land setzen wir dafür eine **Enquetekommission Verwaltungsmodernisierung** ein.

- DIE LINKE wird mit ihrem eigenen Entwurf eines **Vergabegesetzes** im Gegensatz zu CDU und SPD auf die Einführung einer verbindlichen Lohnuntergrenze von mindestens 8,50 Euro im Falle öffentlicher Auftragsvergabe drängen.
- Die ständige **Ausbreitung schlecht bezahlter und befristeter Arbeitsverhältnisse**, vor allem an den Hochschulen und Bildungsträgern im Land, bei den Kulturschaffenden oder in der sozialen Arbeit, **muss gestoppt werden**.

Newsletter der Fraktion zum parlamentarischen Geschehen



Chancengleichheit und soziale Absicherung

Statt mit guter Bildung Chancengleichheit zu fördern und wachsender Armut frühzeitig entgegenzuwirken, hat die Politik der regierenden Parteien CDU und SPD in den vergangenen Jahren Bildungsteilhabe und Bildungserfolg immer stärker von der sozialen Situation der Familien abhängig werden lassen. DIE LINKE sieht hier eine der zentralen Auseinandersetzungslinien auch in Sachsen-Anhalt. Wir wollen: **Bildung für alle, von Anfang an!**

- DIE LINKE wird ein **eigenes Kinderförderungsgesetz** in den Landtag einbringen. Wir bleiben dabei, den **Ganztagsanspruch** für alle Kinder in den Kindertagesstätten wiederherzustellen. Gute Bildung für alle entscheidet sich jedoch nicht nur am gleichberechtigten Zugang zu den Angeboten, sondern maßgeblich auch über die **Qualität des Angebotes und die dafür zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen**.
- Bildung für alle heißt auch, **Inklusion** voranzutreiben – in Kita und Schule.
- DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, die **Hortbetreuung** strukturell und inhaltlich wieder zum festen Bestandteil von Schule zu machen.
- Den bisher völlig vagen Ankündigungen der Koalition zur Einführung der Gemeinschaftsschule werden wir ein **eigenes Schulgesetz** gegenüberstellen. Längeres gemeinsames Lernen und mehr individuelle Förderung dürfen nicht wenigen vorbehalten bleiben, sondern können Chancen für alle eröffnen.
- Um Schulerfolg zu sichern, werden wir Vorschläge für eine **Anschlusslösung** für das 2013 auslaufende **Schulsozialarbeiterprogramm** unterbreiten.

Öffentliche Daseinsvorsorge sichern

Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge entscheidet in besonderem Maß über Lebensqualität sowie die Teilhabe am gesellschaftlichen und

kulturellen Leben, an Bildung und auch demokratischen Entscheidungen.

- Mit der Einbringung eines **Kulturförderungsgesetzes** wollen wir eine solidarische Finanzierung der Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt ermöglichen, kommunale kulturelle Infrastruktur stärken und die Zugänglichkeit von Kultureinrichtungen verbessern.
- Die Landesregierung hat Kürzungen im Hochschul- und Wissenschaftsbereich von 60 Millionen Euro angekündigt. Damit gerät der Wissenschaftsstandort Sachsen-Anhalt in erhebliche Bedrängnis. DIE LINKE wird sich mit eigenen Vorschlägen zur Entwicklung der **Hochschulstruktur** dieser Debatte stellen, um diesem wichtigen Standbein für eine selbsttragende Entwicklung unseres Bundeslandes langfristig eine Perspektive zu geben.
- **Breitbandversorgung** und damit der schnelle Zugang zum Internet sind für DIE LINKE Bestandteil der Daseinsvorsorge. Ihr flächendeckender Ausbau muss darum forciert werden. Sachsen-Anhalt darf hier nicht länger Schlusslicht bleiben.
- Mit einem eigenen **Entwurf für ein neues Finanzausgleichsgesetz (FAG)** wird DIE LINKE auf die Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen drängen, um damit für die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge eine wichtige Grundlage zu schaffen.
- Vernässung und steigendes Grundwasser sind in vielen Teilen Sachsen-Anhalts zu einem drängenden Problem geworden. Es bedarf nachhaltiger und solidarischer Lösungen, statt kurzatmiger Entscheidungen. Wir werden mit einem ausgearbeiteten **Wassergesetz** unsere Vorstellungen in die öffentliche und parlamentarische Debatte bringen.

Magdeburg, 30. Januar 2012

Wulf Gallert beim 1. Parlamentariertag der LINKEN in Magdeburg

Am **26. und 27. Februar 2011** findet in Magdeburg (Kulturwerk Fichte, Fichtestraße 29/29a) auf Einladung der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der LINKEN der **1. Parlamentariertag der LINKEN** statt. Eingeladen sind Abgeordnete von der **Europa- bis hin zur kommunalen Ebene**.

Breites zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts bleibt notwendig - Überwachung der Partei DIE LINKE beenden

Gemeinsamer Beschluss des Landesvorstandes der Partei DIE LINKE, der Landtagsfraktion und der Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt

Der Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus und der 70. Jahrestag der Wannseekonferenz waren auch für DIE LINKE Anlass, der Opfer des Holocausts, des Vernichtungskrieges, des Terrors und des Widerstandes zu gedenken. Die Erinnerung an die Einzigartigkeit und die Dimensionen nationalsozialistischer Verbrechen muss wach gehalten, historisch-politische Bildung fachlich weiterentwickelt und finanziell gesichert werden. Die heute als selbstverständlich etablierten Gedenkstätten, wie das Haus der Wannseekonferenz, waren in ihrer Projektierungszeit zumeist hart umkämpft und wurden verzögert. Deutschland als Täterland hat Jahrzehnte gebraucht, um Schuld auch in der Erinnerungskultur anzuerkennen. Die deutsche Einheit hat ein neues Spannungsfeld des Gedenkens eröffnet, Geschichte bleibt Mahnung und politischer Widerstreit gleichermaßen.

Seit zwei Jahrzehnten engagieren sich Menschen in Sachsen-Anhalt gegen Rassismus, gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Dies geschieht aus vielen Motiven heraus, aus antifaschistischen, humanistischen, bürgerlichen und christlichen, aus Gründen des Herzens und der Vernunft, der Solidarität und der Betroffenheit. Man kann dies auch die Vielfalt demokratischer Gegenwehr gegen rechte Alltagskultur und Hasspropaganda nennen. **Diese Vielfalt sollte Politik nicht gegeneinander auspielen, zumal zu fragen ist, ob die meisten Menschen überhaupt dazwischen trennen.**

Wenn es mancherorts über die Jahre doch allein die antifaschistische Initiative war, dann ist das anzuerkennen und nicht anzugreifen. Die Mär von der spiegelverkehrten (Jugend-)Gewalt, die sich gegenseitig als Lebenselixier benötigt, spielt den Neonazis in die Hände. Seit den Bundesprogrammen und Landeskampagnen für mehr Zivilcourage ist auch im Mainstream angekommen: „Nicht wegschauen, sondern einmischen“, nicht Ruhe sondern Vielfalt. Antifaschistische Initiativen, Projekte und Archive haben zusammen mit den Medien weit mehr über die rechten Strukturen sowie aktuell über die rassistische Mordserie an die Öffentlichkeit gebracht, als jede Pressekonferenz der Behörden und jeder parlamentarische Innenausschuss. **Das zivilgesellschaftliche Engagement bleibt für uns die Basis im Kampf gegen Rechts.**

Im November 2011 wurde die Dimension einer dreizehn Jahre andauernden, bis dato nicht aufgeklärten Mordserie von Neonazis und ihren Unterstützerinnen und Unterstützern bekannt. Bevor die Ursachen für das Versagen der Sicherheitsbehörden aufgeklärt werden, führen die Bundesregierung und die betroffenen Behörden Scheindebatten zu ihrer Verteidigung und simulieren Handlungsfähigkeit. Zig Dateien der Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden führten Namen, Tatwaffe,

Sprengstoffdelikte auf, nun soll es eine Zentraldatei richten. **DIE LINKE fordert die Aussagegenehmigung für alle Landesbehörden vor dem Untersuchungsausschuss im Bundestag und die Aufklärung in den Landesparlamenten und der Öffentlichkeit. Ansonsten wird die notwendige Aufklärung zur Farce.**

Extremismus ist ein konservativer Kampfbegriff, der mehr verwischt als erklärt. Der Extremismusbegriff kaschiert die realen Verhältnisse und die realen Gefahren. Er tut so, als müsste jedem rechten Übergriff die Warnung vor anderen Gefahren an die Seite gestellt werden. Er ist handlungsleitend für den Verfassungsschutz und die Bundesregierung. Er ist ein Produkt des Kalten Krieges und des Antikommunismus. Er ist nicht nur aus der Zeit gefallen, sondern er behindert die Arbeit gegen Rechts. **Die so genannte Extremismusklausel, gegen die sich Verbände, Stiftungen, Vereine und Oppositionsparteien in Bundestag und Landtag seit Jahren wehren, soll einschüchtern, Engagement diskreditieren, das politische Klima verändern. Ihre Streichung ist überfällig.**

Der Extremismusbegriff richtet sich gegen Undogmatische, Liberale, Linke – früher gegen die GRÜNEN, heute in besonderer Weise gegen DIE LINKE. Die Bespitzelung der LINKEN durch den Verfassungsschutz ist Ergebnis dieser Denkweise. Sie diskreditiert unsere Arbeit, unsere Wählerinnen und Wähler und unsere Kooperationspartnern. Ziel ist es, den demokratischen Streit über Ideen, Werte und die Zukunft unseres Zusammenlebens in einen legitimen und in einen illegitimen Teil zu spalten. Klar erkennbar ist die Absicht, eine gesellschaftliche Kooperation im linken Spektrum zu verhindern und damit eine Hegemonie der Konservativen – unter Missbrauch staatlicher Institutionen - abzusichern. **DIE LINKE bereitet sich auf die Verhandlung ihrer Klage gegen die Überwachung vor dem Bundesverfassungsgericht vor. Darüber hinaus führen wir seit langem eine kritische Diskussion über die Rolle und Notwendigkeit des Verfassungsschutzes die Geheimdienste gehören ernsthaft auf den Prüfstand.**



Dessau-Roslau, 28. Januar 2012

Die Aktionen gegen die Krise im ersten Halbjahr 2012

Beschluss des Parteivorstandes vom 21. und 22. Januar 2012

Die Wirtschafts- und Euro-Krise spitzt sich immer weiter zu. Ein EU-Gipfel jagt den nächsten. Doch schon wenige Tage später sind die gefassten Beschlüsse obsolet, denn Merkel, Sarkozy und Co kungeln weiter mit der Finanzmafia, anstatt endlich umzusteuern und dem Casino-Kapitalismus Einhalt zu gebieten. Sie lassen zu, dass demokratische Institutionen entmachtet und die sozialen Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung mit Füßen getreten werden. Das beste Beispiel ist hierfür der von CDU/CSU, SPD, FDP und den Grünen beschlossene erweiterte Euro-Rettungsschirm und dessen Hebelung. Nur DIE LINKE hat geschlossen gegen dieses unsoziale und undemokratische Vorhaben gestimmt, mit dem die Krise verschärft wird, anstatt sie zu lösen und der das Risiko für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erhöht. Diese Politik führt zu immer weiteren Einschnitten bei Erwerbstätigen, Rentnerinnen und Rentnern, Erwerbslosen, Studierenden und Auszubildenden. Die Unsicherheit nimmt zu, nationalistische Ressentiments und Entsolidarisierungsprozesse in den Betrieben werden verstärkt.

Somit wird auch in Deutschland diese Krise in den nächsten Monaten immer stärker ankommen. Bereits jetzt steht die Schuldenbremse für einen radikalen Sozialabbau im Öffentlichen Dienst. Einige Kommunen kriegen nach Presseberichten bereits jetzt keine Kredite von privaten Banken mehr. Vor diesem Hintergrund stehen im Frühjahr die Tarifverhandlungen im Bereich Bund und Kommunen im Öffentlichen Dienst an. Zu einem Zeitpunkt zu dem die Sparvorschriften auch die deutsche Exportwirtschaft mehr und mehr treffen wird und somit das Wachstum und damit auch die Steuereinnahmen wieder in den Keller gehen. Es ist absehbar, dass auch hier die Verschuldung der Öffentlichen Haushalte als Argument für weitere soziale Einschnitte und für "Lohnzurückhaltung" herhalten wird. Zudem werden gerade auch auf kommunaler Ebene die demokratischen Institutionen weiter entmachtet. In vielen Kommunen regiert bereits jetzt der Sparkommissar und die Kommunalvertretungen haben so gut wie keine Mitspracherechte mehr.

Diese Entwicklung erfordert eine radikale Umkehr der bisherigen Politik. DIE LINKE fordert, dass die Staaten endlich von der Diktatur der Finanzmärkte befreit werden und die Banken an die Kette gelegt werden, indem eine öffentlich-rechtliche Organisation des privaten Bankensektors geschaffen wird. Der zunehmenden Verschuldung der öffentlichen Haushalte steht wachsender privater Reichtum gegenüber. Deshalb fordern wir zudem: Profiteure der Krise zur Kasse! Anstelle von europaweiten Kürzungsorgien kämpfen wir für ein Ende von Lohndumping und der Streichung sozialer Leistungen sowie die Umverteilung von oben nach unten. Hierfür muss gesellschaftlicher Druck aufgebaut werden, um die desaströse von der Finanzmafia gesteuerte Regierungspolitik anzugreifen und eine Politik im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen.

Um in diesem Sinne aktiv zu werden, wird DIE LINKE ihre Aktivitäten gegen die herrschende undemokratische und unsoziale Krisenpolitik zu ihrem politischen Schwerpunkt im ersten Halbjahr 2012 machen. Im Rahmen unserer Mitarbeit im Krisenbündnis unterstützen wir hierfür insbesondere den geplanten Aktionstag am 12. Mai und setzen uns dafür ein, dass die anstehende Abstimmung über den Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) durch außerparlamentarische Aktionen begleitet wird. Neben solchen bundesweiten Mobilisierungen im Bündnis wollen wir erreichen, dass DIE LINKE auch vor Ort mit ihren Alternativen sichtbar wird. Hierzu dient unter anderem die Initiierung und Unterstützung von symbolischen Aktionen vor Banken in den Kreisverbänden. Alle Aktivitäten im Rahmen dieser Kampagne werden wie üblich mit der Mitgliederwerbung gekoppelt.



Der Parteivorstand vereinbart daher folgende Aktivitäten und Maßnahmen für das erste Halbjahr 2012:

- DIE LINKE beteiligt sich im Rahmen des bundesweiten Krisenbündnisses an der Vorbereitung und Mobilisierung zu gemeinsamen Protesten. Dabei spielt der internationale Aktionstag am 12. Mai und ggf. weitere Termine eine zentrale Rolle.
- Der Parteivorstand beauftragt die Bundesgeschäftsführung, in Absprache mit dem geschäftsführenden Parteivorstand ein Aktionskonzept zu entwickeln. Dieses enthält neben den bereits vom Bereich Kampagnen/Parteientwicklung erarbeiteten Materialien (PPT, Aktionshandbuch etc.) folgende Elemente:

1. die Bekanntmachung und ggf. Erweiterung der bestehenden Kampagnenmaterialien (PPTs, Aktionshandbuch) welche die Mitglieder zur Durchführung regionaler Krisenveranstaltungen- und Aktionen qualifizieren;
2. die Einrichtung einer bundesweiten Projektgruppe, um lokale Multiplikatoren für die Kampagne einzubeziehen, eine regionale Verankerung und koordinierte Umsetzung der Aktivitäten zu gewährleisten und den Bezug zu lokalen Kämpfen und Aktivitäten herzustellen. Auch Jugend- und

Studierendenverband sollen sich hieran beteiligen können;

3. die Erarbeitung und Bewerbung eines Konzeptes für lokale/regionale Veranstaltungen unter Einbeziehung prominenter VertreterInnen der Partei und/oder des ReferentInnenpools;

4. die Entwicklung von Aktionsvorschlägen zum internationalen Frauentag am 8. März, welche die Auswirkungen der Krise auf weibliche Erwerbsarbeit reflektieren;

5. Aktionen zur geplanten Bundestagsabstimmung über den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM;

6. die flächendeckende Teilnahme der Partei im Rahmen der DGB-Kundgebungen am 1. Mai mit den genannten Forderungen;

7. die Bewerbung und Unterstützung von weiteren lokalen Bankenaktionen (Aktionspakete) und weiteren Aktionen.

Der Parteivorstand beschließt den beigefügten Finanzplan in Anlage 1.

Auf den kommenden Parteivorstandssitzungen soll aus der Projektgruppe und von den stattgefundenen Bündnistreffen berichtet werden.

Mit diesem Antrag greift der Parteivorstand die Aufforderung des Bundesausschuss vom vergangenen Jahr auf, Aktionen gegen die Auswirkungen der Krise zu initiieren. Er bittet den Bundesausschuss, die Vorschläge zu diskutieren und sich an der Umsetzung zu beteiligen.

Begründung:

Mit diesem Antrag wird der Beschluss des Parteivorstandes vom 04. September 2011 "Aktionen der Partei zur Euro-Krise: Profiteure zur Kasse!" weiter entwickelt und finanziell untersetzt. Wie im Rahmen des Projekts "Linke 2020" angeregt, wird festgelegt, dass diese Aktivitäten zum politischen Schwerpunkt für das erste Halbjahr 2012 ausgebaut werden. Der Antrag soll vor diesem Hintergrund ebenfalls in den Bundesausschuss eingebracht werden.



Eine neue Wette: 400 Infostände der LINKEN am 3. März. Schaffen wir das ?

Für die Linke war 2011 ein schwieriges Jahr. Nein, besser gesagt: Ein schlechtes Jahr. Verluste bei Wahlen, Mitglieder-Rückgang, deprimierender Streit in den Führungsetagen, Rückzug der Basis. Gregor Gysi hat das im Interview mit dem ND so ausgedrückt : „Wir sind nicht mehr die Kümmerer-Partei, wie wir es mal waren... Neue Mitglieder gewinnen, die sich vor Ort um die Alltagsprobleme der Menschen kümmern. Man darf das jedenfalls nicht für unwichtig halten.“ Aber auch andere Genossen haben beklagt, daß die LINKE vielerorts keine Rolle mehr spielt...

Aber das kann man natürlich auch ändern. Wir sollten das **gemeinsam** ändern. Und da kommt es gut, sehr gut, daß mich meine bekannte Wettspartnerin, die „Unternehmerin mit dem linken Herzen“ (die in ihrer Jugend mal Mitglied unserer SDAJ war) auf die Turbulenzen in der Linkspartei angesprochen hat. Etwa so : „Na Klaus, deine Linke geht wohl auch den Bach runter...“ – „Wieso?“ – „Ja, man sieht und hört von ihr ja nichts mehr. Nur noch Streit...“ – „Ach, das wird sich ändern...“ – „Ja wie denn? Was willst Du denn da machen?“

Herausgekommen ist eine neue Wette. Ich hab' mit ihr gewettet, daß es mir gelingt, am **Samstag, 3. März** bundesweit mindestens 400 Infostände oder andere öffentlich-wirksame Aktionen der LINKEN zu mobilisieren. Sie hat schallend gelacht. Aber dann die Zusage: Wenn ich die Aktion hinkriege – berappt sie für jeden Infostand vier Euro für die Aktion „Milch für Kubas Kinder“- (Sie möchte aber von jedem Infostand ein Foto, immer verbunden mit dem Namen der Stadt). Sollte ich verlieren (hoffe ich natürlich nicht!) muss ich zwei Euro für den gleichen Zweck spenden.

Ehrlich gesagt: Stunden nach Abschluss der Wette habe ich tüchtig geschluckt. 400 Infostände – ist das überhaupt zu schaffen? Doch dann habe ich nachgerechnet: 400 Aktionen und wir haben 16 Landesverbände – das bedeutet: In jedem Landesverband 25 Infostände. Das ist doch machbar - oder?

Und: Der 3. März ist ja noch weit. Aber die Vorbereitungen für den Infostand oder die Aktion sollten möglichst bald schon beginnen. Schön wäre auch, wenn ihr mich mit Ideen, Zusagen oder Vorbereitungen auf dem Laufenden halten würdet (JannRORE@t-online.de). Und weitere Einzelheiten findet ihr natürlich auf unserer Homepage www.linksdemokraten.de

Auf geht's – Euer Klaus H. Jann

„Harzlaut“: Ifo-Stand in Halberstadt, 10.00 bis 14.00 Uhr, Fischmarkt

**A
G
Kultur**



Unverzichtbar
Dorle Reinecke,
Halberstadt

Liebe Kultur- und Reisefreunde im Harzkreis, anlässlich der frechen Aktivitäten der NEONAZIS steht auch in diesem Jahr die Abwehr rechtsextremer Denkweisen und Äußerungen für uns LINKE auf der Tagesordnung. Die Ausstellung über die „Justiz im Nationalsozialismus in Sachsen-Anhalt“ in unserem Amtsgericht nennt z.B. offen die Verantwortlichen in Halberstadt.

Auch das Begleitprogramm nimmt in 4 Veranstaltungen Bezug auf die örtlichen Gegebenheiten bzw. Beteiligte! Der Film „Fritz Bauer – Tod auf Raten“ über den Generalstaatsanwalt, der die Bege für den Eichmann-Prozess lieferte und die Anfeindungen der Bonner Regierung und Justiz als „Nestbeschmutzer“ hat uns Besucher tief berührt. Durch die angekündigte TV-Übertragung werden sich hoffentlich viele Genossen noch informieren.

Gespannt sind wir auf Dr. D. Eckerts Darlegungen zum „Berufsbeamtengesetz und seine Folgen für das öffentliche Leben in Halberstadt“ und die weiteren Abende zur Problematik „Verbotener Umgang mit

Kriegsgefangenen“ und zur „NS- Gesundheits- und Rassenpolitik“.

Die Veranstaltung am Gedenktag der Opfer des Nationalsozialismus in der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge am 27.01. ist hoffentlich für viele Genossen Anlaß, durch ihre Teilnahme unsere antifaschistische Haltung zu bekunden.

Weitere Ankündigungen zu geplanten Veranstaltungen der AG Kultur :

Zum Internationalen Frauentag treffen wir uns diesmal mit Genossinnen und Sympathisantinnen im Freizeit – und Sportzentrum- Einladungen ergehen noch gesondert. Allen Spendern danken wir, daß die Patenschaft über eine Wildkatze im Tiergehege zustande kam! Ebenso Danke allen, die entweder selbst eine Kulturaktie erworben oder an andere verschenkt haben – möge das dem Theater Auftrieb geben!

Die geplanten Fahrten sollen uns in diesem Jahr mit der Weißen Flotte auf die Elbe bringen, mit dem Bus zum Widpark auf dem Dryberg und für besonders eifrige nach Berlin zur Panorama-Ausstellung „Pergamon“ und mit der DB zur „Pompeji-Ausstellung „ nach Halle „, wie immer gibt es vorher entsprechende Info- Blätter !

Zu Gast bei den DEFA-Filmtagen in Merseburg

Karin Denk, FAG Lisa Sachsen-Anhalt (per Email über Birke Bill, MdL)



Die Frauenarbeitsgemeinschaft Lisa traf sich im Januar im Merseburger Domstadtkino zur Defa-Filmwoche, die von einem Verein unter Dr. Halina Anton, selbst Lisa-Frau, bereits zum siebenten Mal veranstaltet wurde. In den vorangegangenen Jahren waren so bekannte Schauspieler wie Rolf Hoppe oder Annekathrin Bürger mit Filmen zu Gast, Filme, die vielen von uns noch in lebendiger Erinnerung sind. Und immer im Anschluss daran ein Gespräch mit den jeweiligen Hauptdarstellern, oder , wie bei Annekathrin Bürger, mit einer Lesung aus ihrem Buch „Der Rest, der bleibt“. Dieses Mal nun war das Schauspieler-Ehepaar Angelica Domröse und Hilmar Thate zu Gast. Beide haben Bücher veröffentlicht, Angelica Domröse „Ich fang mich selbst ein“, Hilmar Thate „Neulich, als ich noch Kind war“. Thate ist besonders mit unserer Region verbunden, denn er wurde 1931 in Dörlau bei Halle geboren und beschreibt im Buch, wie er von einer Welt hinter Halle träumt.

Zurück ins Kino, hier wurde am Nachmittag „Effi Briest“ gezeigt. Der Film, der das Leben der Elisabeth von Ardenne nachzeichnet. Theodor Fontane schrieb das Buch über die Großmutter des berühmten Physikers Manfred von Ardenne.

Über mangelndes Interesse konnte das Kino wahrlich nicht klagen, denn die Vorstellungen an diesem Tag waren bereits ausverkauft. So auch die Abendvorstellung mit dem Film „Fleur Lafontaine“ und dem anschließenden Gespräch mit den beiden Hauptdarstellern.

Ein emotional berührender Film, das war auch den Beiden

anzumerken. Sie beklagten den Verlust einiger Darsteller im Film, besonders den Tod eines engen Freundes wie Eberhard Esche. Angelica Domröses Tränen waren für viele von uns nachvollziehbar. Umso unverständlicher die wenig sensible Moderation von Andreas Montag. Er lies ihnen nicht den nötigen Raum für Besinnung nach Filmende. Angelica Domröse erzählte von dem Zehren des Drehtages, am Abend dann im Theater auf der Bühne und den nächsten Tag wieder so weiter. Sie wog nach Abschluss der Aufnahmen nur noch 90 Pfund. Vieles Interessante erfuhren wir über ihr Schauspielerleben, die Querelen, politischen Umstände und den Weggang, der eine schmerzliche Entscheidung war. Denn das bedeutete ja auch gleichzeitig den Abschied vom gewohnten Publikum ins Ungewisse. Letztendlich zeigte sich, dass sich ihnen dann doch wunderbare Möglichkeiten eröffneten.

Nachdrücklich darauf angesprochen, was ihnen Heimat bedeutet, sagte A.D. „Ich bin dort zu Hause, wo ich verstanden werde und immer Recht habe.“ Nicht der einzige Lacher an diesem Abend. Was mir besonders gefiel, war der sensible Umgang der Beiden miteinander, sehr aufeinander eingestellt. Genau diese Verbundenheit ist es sicher, was den Zusammenhalt über so viele Jahre ausmacht, in diesem Genre nicht gerade an der Tagesordnung.

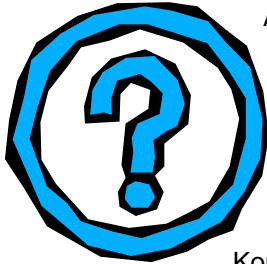
Zum Schluss gab Angelica Domröse ihren Empfindungen Ausdruck, womit sie auf die Reaktionen im Publikum einging „Das, was hier zwischen uns schwirrt, hat eine gemeinsame Geschichte“.

Danke für diesen wunderbaren Abend.



Anmerkung

Eine Ehrung in Blankenburg wirft Fragen auf



Am 04.02.2012 berichtete die Harzer Volksstimme über eine Ehrung auf dem Blankenburger Friedhof. Dort befindet sich das Grab von Karl von Müller. Fünf Vertreter der Bundesmarine (von der Fregatte Emden, unter ihnen der Kommandant), der Bürgermeister von Blankenburg Hanns-Michael Noll (CDU), der Standortkommandant der Bundeswehr sowie Vertreter der Feuerwehr (!) Blankenburg ehrten den ehemaligen Kommandanten (1913-1914) des Kreuzers Emden der kaiserlichen Kriegsmarine und Funktionär der DNVP (1919-1923). Weitere Blankenburger nahmen an dieser Zeremonie nicht teil.

Warum dieser Akt Widerspruch erfordert, belegt mein Brief an die Redaktion der Volksstimme.

Brief

Der Bericht der Volksstimme mit Foto von Bundeswehroffizieren, Bürgermeister Hanns-Michael Noll und Kameraden der Feuerwehr wirft die Frage auf: Wen ehren diese Bürger auf dem Blankenburger Friedhof? Und warum tun sie das?

Ein Blick auf die Homepage der „Bordgemeinschaft der Emdenfahrer“ bringt mehr Klarheit und noch mehr Fragen. Dort heißt es:

„Die Kreuzerriegführung der SMS Emden galt in der ganzen Welt als bestes Beispiel für Tatkraft und Ritterlichkeit im Krieg. ... Der Kleine Kreuzer S.M.S. Emden hat sich im Ersten Weltkrieg bei Freund und Feind hohes Ansehen erworben. Das ist zum größten Teil seinem Kommandanten, Fregattenkapitän Karl von Müller, zu verdanken. Die Geschichte des Schiffes, das im Indischen Ozean auf Kaperfahrt war, ist in der Tat einmalig.“

Da stockt einem der Atem. Was bewegt Menschen in Verantwortung und dem Grundgesetz verpflichtet, fast 100 Jahre nach dem furchtbaren Krieg, sich derart gestrig zu äußern und das mit einer Ehrung des Verantwortlichen zu verbinden?

Was sind die Ergebnisse von Karl von Müllers Tatkraft und Ritterlichkeit?

Kaum hatte von Müller 1913 das Kommando der Emden übernommen, beteiligte er sich in China an der Niederschlagung von Aufständen gegen die kolonialen Unterdrücker, zu denen seit 1898 auch das Deutsche Reich gehörte. Vom Kreuzer aus wurden die Aufständischen mit Kanonen beschossen bis dort

wieder Ruhe einkehrte (Wikipedia). Anschließend begab sich der Kapitän mit der Emden in den Indischen Ozean, um Handelskrieg und sogenannte Kaperfahrten zu führen. Nach unterschiedlichen Angaben versenkte von Müller 16 Handelsschiffe aus England, Frankreich und Japan. Weitere wurden gekapert. Wie viele Mütter, Frauen und Kinder von Matrosen werden wohl vergebens auf ihre Söhne, Männer und Väter gewartet haben? Am 9.11.1914 wurde die Emden vom australischen Zerstörer HMAS Sydney vernichtet. 136 Besatzungsmitglieder starben. Von Müller überlebte und begab sich in Kriegsgefangenschaft.

1919 übersiedelte Karl von Müller nach Blankenburg. Offensichtlich nicht, um seinen Lebensabend hier zu verbringen. Vielmehr betätigte er sich politisch in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Als ein führender Funktionär der Partei war er bis zu seinem Tode 1923 Vorsitzender des Ortsverbandes Blankenburg und Mitglied des Braunschweigischen Landtages.

In einer Veröffentlichung des Deutschen Bundestages ist zu lesen:“ Die DNVP als Repräsentant des konservativ-monarchistischen Lagers bekämpfte das demokratische System und die mit dem Versailler Vertrag etablierte internationale Ordnung. Die DNVP vertrat die wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen der ostelbischen Großagrarier und der Großindustrie.“ Im Programm der DNVP von 1920 heißt es: „Nur ein starkes deutsches Volkstum, das Art und Wesen bewußt bewahrt und sich von fremden Einfluß frei hält, kann die zuverlässige Grundlage eines starken deutschen Staates sein. Deshalb kämpfen wir gegen jeden zersetzenden, undeutschen Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen. Wir wenden uns nachdrücklich gegen die seit der Revolution immer verhängnisvoller hervortretende Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit.“

Entsprechend verhängnisvoll war das Wirken dieser Partei in der Folgezeit.

Jemanden zu ehren, der sich für solche Ziele einsetzte, verbietet sich einfach von selbst, in Blankenburg und an jedem Ort.



Postmappe – Harzlaut



Thomas Poost, Quedlinburg, OT Gernrode (2)

Betr.: Thema Gemeindegebietsreform/ihr Artikel
MZ vom 12.01.12

Das das Thema Gebietsreform nicht zur Ruhe kommen wird, wie der Artikel in der „MZ“ vom 12. Januar belegt, überrascht mich in keinsten Weise. Die Gemeindegebietsreform, genau wie die Kreisgebietsreform wurde von der Landesregierung durchgedrückt, gegen den ausdrücklichen Willen nicht weniger Bürger. Es müsste eigentlich bekannt sein, dass ich von Anfang an zu den Kritikern dieser „Reformen“ gehörte und gehöre. Was jetzt passiert beweist eigentlich sehr augenscheinlich wie Recht ich mit meiner Kritik hatte.



Auch ich nahm an einer der Demonstrationen vor dem Landtag in Magdeburg teil.

Eines der Hauptziele der Reformen sollte es sein, für die Bürgerinnen und Bürger Vereinfachungen und Erleichterungen zu erreichen, des Weiteren träumte man davon viel Geld einzusparen. Was für ein Hohn! Jetzt kristallisiert sich immer mehr heraus, dass die Ziele mit denen die Landesregierung antrat, in keinsten Weise umgesetzt werden, zumindest was die Interessen der Bürgerinnen und Bürger angeht. Diese

Betr.: Der Fall Oury Jalloh / „MZ“ vom 11.01.12

So lange es Menschen wie Mouctar Bah gibt, die die Erinnerung an den überaus mysteriösen Tod des Asylbewerbers Oury Jalloh wach halten, wird dieser Fall nicht aus dem Bewusstsein der Menschen verschwinden, was ich persönlich übrigens durchaus positiv finde. Der eigentliche Skandal besteht, meiner Ansicht nach, darin, dass einfach unglaubliche 7 Jahre nach dem Tod Jallohs die Verantwortlichen noch immer nicht zur Verantwortung gezogen wurden. Zum Slogan „Oury Jalloh, das war Mord“ kann es mit Sicherheit unterschiedliche Auffassungen geben. Für mich steht jedoch völlig außer Frage, dass die Dessauer Polizei für diesen tragischen Tod eines Menschen verantwortlich ist und war. Schließlich befand sich Jalloh als er starb in Polizeigewahrsam und wer wenn nicht die Polizei sollte wohl verantwortlich sein, wenn in ihrem Verantwortungsbereich ein Mensch, sei er nun Schwarzafrikaner oder Deutscher, zu Tode kommt! Ob es sich nun um Mord, um Totschlag oder um unterlassene Hilfeleistung mit Todesfolge handelt muss ein Gericht entscheiden. Das die beiden verantwortlichen Polizisten damals jedoch frei gesprochen wurden, das war schon ein unglaublicher Skandal und bedeutete die absolute Bankroterklärung der Rechtsstaatlichkeit in unserem Land. Daraus lässt sich, meiner Meinung nach, auch die Wut und teilweise sicherlich auch Ohnmacht der Demonstranten erklären. Um das Problem zu lösen wird es wohl nicht reichen, mit Herrn Findeisen, ein Bauernopfer zu schlachten, da braucht es wohl einiges mehr.

Wenn man sich andererseits beispielsweise die ganze

so genannten Reformen sind nichts als eine riesige Mogelpackung, die mit wirklicher Demokratie nicht viel zu tun hat, und die Bürger müssen bluten. Einige Beispiele gefällig: Erhöhung der Grundsteuer, der Kindertagesstättenbeiträge, der Hundesteuer / für die Bürger wichtige Behörden werden geschlossen, dadurch werden Wege weiter und Kosten (z.B. Fahrtkosten) für die Bürger erhöhen sich. Und jetzt auch noch die ganze Sache mit den Adressänderungen. Also wer sich jetzt hinstellt und behauptet, diese „Reformen“ sollen für die Bürger etwas zum Besseren verändern der gehört, wie ich finde, auf schnellstem Wege in ärztliche Behandlung, am besten in nervenärztliche.

Es kann doch nicht sein, dass eine Stadt wie Gernrode die, genau wie die Stadt Quedlinburg, auf eine weit über tausendjährige Geschichte zurückblicken kann, einfach so ausradiert wird. Und da wundern sich unsere Politiker, dass die Bürger Sachsen-Anhalts ihrem Bundesland den Rücken kehren, dass viel zu wenige Kinder geboren werden oder dass Politikverdrossenheit immer mehr um sich greift. Affären, wie die des noch Bundespräsidenten Wulf befeuern die ganze Sache natürlich noch zusätzlich.

skandalösen Dinge um die rechtsradikale Terrorzelle um Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt anschaut, entwickeln sich da schon seltsame Gedanken. Diese rechtsradikalen Gewaltverbrecher konnten jahrelang, von deutschen Sicherheitsorganen unbehelligt, schalten und walten wie sie Lust und Laune hatten. Oder nehmen wir den Fall des Autors Günter Wallraff, der persönlich meine höchste Wertschätzung und Achtung genießt. Er, einer der größten Streiter für Menschlichkeit, Menschenwürde und Demokratie in unserem Land, das wäre vielleicht einmal ein Mensch für das Amt des Bundespräsidenten, musste sich allen Ernstes vor einem deutschen Gericht verantworten. Er wurde juristisch gezwungen Äußerungen, im Zusammenhang mit menschen- und arbeitnehmerunwürdigen Bedingungen in einer deutschen Großbäckerei, zurückzunehmen. Betrachtet man objektiv solche oder ähnliche Fälle, muss und sollte man sich als politisch denkender Bürger schon so einige Fragen stellen. Zum Beispiel, wie kann es sein, dass in einer funktionierenden Demokratie so augenscheinlich mit zweierlei Maß gemessen wird. Eines der Hauptprobleme liegt, meiner Ansicht nach, darin, dass es in unserem Land leider immer weniger politisch denkende Bürger gibt. Seien wir doch einmal ehrlich, den meisten gehen solche Themen, wie man so schön sagt, doch hundert Meter am Arsch vorbei. Das ist der Nährboden auf dem Rechtsradikalismus und Faschismus aufs Beste gedeiht!

Es wird nichts geschenkt

Hans-Jürgen Scholz, Halberstadt - Mitglied im Landes- und Bundessprecherrat

Leider kommen Gesprächsrunden, in denen negative Wahrheiten verkündet werden, meist sehr spät. Oder aber es wird in fragwürdiger Gesprächskultur alles zerredet. Oder es wird ganz einfach gelogen.

So merken vor allem Senioren oft nicht, wie ihr Lebensstandard sinkt. Schon aus diesem Grund bleibt das Wirken der AG`s Senioren auch 2012 wichtig.

In der Bundes-AG und in unserer Landes-AG wurden im Februar die Arbeitspläne für dieses Jahr bestätigt. Am 09. Februar nahm an der Sitzung der Landes-AG Mathias Höhn teil. Es gab einen lebhaften Gedankenaustausch. Er würdigte die Wirksamkeit und Wichtigkeit aller Arbeitsgemeinschaften der Partei. Gleichzeitig verwies er darauf, dass AG`s eigenverantwortlich organisiert und geführt werden. Sie unterliegen keiner Rechenschaftspflicht und werden auch nicht speziell angeleitet. Dennoch spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verbreitung und Umsetzung linker Politik. Besonders die außerparlamentarische Zusammenarbeit mit anderen Organisationen gibt eine gute Möglichkeit, Inhalte unserer Politik in der Praxis zu vermitteln.

So z.B. in den Seniorenvertretungen unseres Landkreises, den Vereinen und anderen ehrenamtlichen Aktivitäten.

Aus dem Tollhaus Landtag

Hans-Jürgen Scholz, Halberstadt

Die Aktivitäten gegen die Linkspartei im parlamentarischen Alltag sind so widerwärtig wie vielfältig. Dazu ein Beispiel:

Laut Forderung der Bundesregierung müssen Vereine, die gefördert werden wollen, eine Antixtremismuserklärung unterschreiben.

Dazu stellte Matthias Höhn auf einer Sitzung des Kulturausschusses des Landtages an den anwesenden Staatssekretär eine Anfrage: Der Verein „Miteinander“ (Vors. H.-J. Tschiche, Bündnis 90 – die Grünen) hat sich das Ziel gestellt, überparteilich gegen Rechtsextremismus zu kämpfen.

Senioren als Zeitzeugen haben eine große Verantwortung gegenüber der Jugend. Wir kennen aus dem Alltag nur zu gut, wie linke Politik diffamiert und politische Ziele der DDR falsch oder mit Halbwahrheiten dargestellt werden.

Senioren als Träger und Verbreiter linker Kultur und Traditionen könnten noch besser als bisher zu einem interessanten und vielseitigen Parteileben beitragen.

Für die Senioren-AG`s im Harzkreis wird es im Mai wieder einen Gedankenaustausch geben, der schon zu einer jungen Tradition geworden ist. Vielleicht schaffen wir es dieses Jahr, den Harzlaut zur Verbreitung von Erfahrungen besser zu nutzen. Gerade die ständig aktuellen Themen wie Teilhabe am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben, Altersarmut und Solidarität im Alltag sind Kernthemen unserer Politik und betreffen die Senioren unmittelbar und auch die nachfolgenden Generationen.

Die Verantwortliche für die Senioren im Kreisvorstand, Katrin Böttcher, wird dazu sicher mit den Betroffenen einen regen Kontakt pflegen.

Veranstaltungen in Halberstadt

3. März 2012, 10.00-14.00 Uhr Stand auf dem Fischmarkt

Thema: Frauen in der heutigen Gesellschaft

Aus Anlass des 101. Frauentages werden aktuelle Themen dargestellt und Diskussionen mit den Bürgern angeboten. Initiativen zur Ausgestaltung und Angebote zur aktiven Teilnahme sind erwünscht. Gleichzeitig beteiligen wir uns damit an der Wette für „Milch für die Kinder Kubas“

05. März 2012

Die Diskussionsrunde „Linker Treff“ lädt zum öffentlichen Meinungsaustausch ein zum Thema: Neoliberalismus im Alltag“ Power Point-Vortrag und

Durch Bundes- und Landesregierung wird die Linkspartei als linksextremistisch eingestuft und beobachtet.

Das heißt, der Verein dürfte deshalb zu dieser Partei keinen Kontakt haben, wenn er Fördergelder beansprucht.

Der Staatssekretär hat es abgelehnt, vor Ort eine Antwort auf diese Frage zu geben.

Moderation durch Peter Jehnichen in der Volkssolidarität ab 19.00 Uhr

07. März 2012

Die AG Senioren lädt interessierte Mitglieder und Sympathisanten ein zum Thema: Zeitzeugen – warum ich in der DDR geblieben bin. Mitglieder der AG erzählen aus ihrem Leben.

Ort: Volkssolidarität, Beginn: 09.00 Uhr

29. März 2012

öffentliche Mitgliederversammlung des Ortsverbandes zum Thema: Kultur

Es ist vorgesehen, namhafte Diskussionsteilnehmer einzuladen. Beginn: 17.00 Uhr, Gaststätte „Lindenhof“



"Harzlaut-Splitter"

➤ Internetauftritt des Kreisverbandes unter: www.dielinke-harz.de. Zuarbeiten bitte einreichen! Die älteren Homepageadressen bleiben noch als Archiv bestehen: **Anmeldungen zur Harzer Rundmail**, d.h. aktuelle Emails werden vom Regionalbüro direkt an euch weitergeleitet. Weitere Interessenten bitte melden. Unser „Harzlaut“ hat eine kleine Schwester, die „**Harzlaut**“ **Online-Ausgabe**. Auf unserer Homepage hat die Online-Ausgabe einen festen Platz erhalten. In dieser Online-Ausgabe veröffentlichen wir nur Beiträge für und aus unserer Region.

➤ „**Harzlaut**“ **Neuer Drucker für unsere Regionalgeschäftsstelle**. Zum Jahresbeginn wurde der Drucker durch Ablauf der Leasingzeit abgeholt. Seit letzter Woche ist unser Büro wieder im Besitz eines neuen Drucker „RicoH Pripot 7000“ vom Landesverband, herzlichen Dank. Wir wünschen einen erfolgreichen Druck. Dies ist auch der Grund der heutigen Doppelausgabe des „Harzlaut“ und mit dem Rückblick bis zur Ausgabe Nr. 171.

➤ **Drei Beschlüsse des Kreisvorstandes gefasst** - Finanzplan 2012, Bildung einer AG Kommunalwahlen 2014 (verw. M.Körtge) und zur Homepage des Kreisverbandes (Brief an die Vors. der OV wird vorbereitet)

➤ Anlässlich ihres 85.Geburtstages hatte **Christel Waldhaus** zahlreiche Gäste eingeladen. Herzlichst gratulierten **Dr. Detlef Eckert** und **Rainer Zühlke** und bedankte sich bei ihrer fleißigen ehrenamtliche Geschäftsstellenmitarbeiterin. Gern nahm auch **Herr Schäfer** vom Radsport- und Friedensfahrt-Museums in Klein-Mühlungen die Einladung an und gab einen Überblick über die Geschichte des Museums.



➤ **Vormerker – Bund- & Landesebene**
24.02.–25.02.2012 Klausur des LV mit den Vors. der KV/SV
25.02.2012 bundesweite Beratung zur Mitgliedergewinnung
17.03.2012 bundesweite Kreisvorsitzendenberatung

➤ **Vormerker** (Bei allen Terminen gilt das Hausrecht):
20.02.2012, Fraktionssitzung der KTF, 17.00 Uhr Wernigerode, Bahnhofstr.16,
24.02.2012, MV OV Ilsenburg zur Broschüre über den Widerstand in Harzer Städten gegen den Nationalsozialismus
27.02.2012, Kreisvorstand Harz, 18.00 Uhr, Halberstadt
03.03.2012, Ifo-stand 10.00 – 14.00 Uhr, Halberstadt Fischmarkt
11.03.2012 23.Wirtschaftspo. Frühschoppen 10.00 Uhr, Blankenburg, Berghotel Vogelherd, Thema: Kultur in Harz, siehe Ausgabe
19.03.2012, Geschäft. FKV Harz, 16.00 Uhr, Regionalbüro Harz
28.04.2012, Regionalkonferenz Harz, in Planung

Aktuelle Informationen und weitere Termine über www.dielinke-harz.de

Impressum

Info-Blatt DIE LINKE. KV Harz „Harzlaut“, Auflage 400 Stück, Herausgeber DIE LINKE. KV Harz, Regionalbüro Harz, Rainer Zühlke, 38820 Halberstadt, Hoher Weg 12b Tel.: (0 39 41) 2 43 95 / Fax: (0 39 41) 57 15 64 - Internet: www.dielinke-harz.de - E-Mail: region@dielinke-harz.de & kv@dielinke-harz.de

Artikel, Meinungen, Berichte oder Informationen spiegeln nicht die Meinung des Herausgebers wieder. Auf der Homepage des Kreisverbandes ist eine „Harzlaut“ Online-Ausgabe veröffentlicht

Nächste Ausgabe: März 2012
Redaktionsschluss: 01.03.2012

Unsere Anschriften:

DIE LINKE. Regionalbüro Harz **Kreisverband & Kreistagsfraktion Harz**

Hoher Weg 12b, 38820 Halberstadt
Tel.: (0 39 41) 2 43 95
Fax: (0 39 41) 57 15 64
Email: region@dielinke-harz.de
www.dielinke-harz.de

Bürgerbüro Blankenburg

MdL André Lüderitz
Lange Str. 17, 38889 Blankenburg
Tel.: (0 39 44) 68 81 05
Fax: (0 39 44) 68 81 06
E-Mail: post@andre-luederitz.de
www.andre-luederitz.de

Bürgerbüro Halberstadt

MdL Edwina Koch-Kupfer
Voigtei 20, 38820 Halberstadt
Tel.: (0 39 41) 6 20 90 75
Fax: (0 39 41) 6 20 90 76
E-Mail: buergerbuero@koch-kupfer.de
www.koch-kupfer.de

Bürgerbüro Quedlinburg

MdL Monika Hohmann
Lange Gasse 3, 06484 Quedlinburg
Tel.: (0 39 46) 8 19 12 67
Fax: (0 39 46) 8 19 12 68
E-Mail: wkb@monika-hohmann.de
www.monika-hohmann.de

Bürgerbüro Wernigerode

MdL Evelyn Edler
Unterengasse 4, 38855 Wernigerode
Tel.: (0 39 43) 63 63 15
Fax: (0 39 43) 63 63 14
E-Mail: wahlkreisbuero@evelyn-edler.de
www.evelyn-edler.de

Unsere Bankverbindung:

DIE LINKE. Kreisverband Harz
K. Nr.: 370 142 152
BLZ.: 81052000 - Harzsparkasse

Wir danken für die Überweisung aller Spenden.

JETZT!

Mitmachen!

Michael Körtge fährt zum ersten Tag der Mitgliederverantwortlichen

Einladung (Auszug)

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir wollen einen größeren Austausch der Mitgliederverantwortlichen organisieren, deshalb soll ab diesem Jahr der Tag der Mitgliederverantwortlichen stattfinden. Mit diesen Treffen wollen wir Erfahrungen austauschen aber auch Anregungen und Hilfestellungen für die Arbeit vor Ort geben werden. Zum Tag der Mitgliederverantwortlichen lade ich dich herzlich ein.

Die Beratung findet am Samstag, dem 25. Februar 2012, 11:00 – 17:00 Uhr in Kassel statt. Der Tagungsort ist das Hotel Schweizer Hof, Wilhelmshöher Allee 288, 34131 Kassel (direkt am Bahnhof Kassel-Wilhelmshöhe).

Wir schlagen euch folgende Tagesordnung vor

Begrüßung: Werner Dreibus, Bundesgeschäftsführung und Pascal Meiser, Bereichsleiter Kampagnen & Parteientwicklung

Inputreferat: „Beteiligungsorientiertes Arbeit - was heißt wirkungsvoll kommunizieren?“ Mario Wolf, Gewerkschaftssekretär NN

Workshop 1: Wie gewinnen wir neue Mitglieder? Wo sind potentielle Mitglieder

Workshop 2: Neue Mitglieder sind da – was nun? Angebote an Neumitglieder, neue Formen der Integration

Workshop 3: Neumitgliedertreffen – Willkommen an Bord Welche Formen der Neumitgliedertreffen gibt es

In alle Workshops sollten folgende drei Leitfragen mit behandelt werden: Gute Erfahrungen; Probleme in der bisherigen Arbeit; Anforderungen und Wünsche zur Unterstützung an den; Bereich Kampagnen / Parteientwicklung



Aufstand der Zuständigen ist jetzt gefragt

Zum heutigen Gedenken an die Opfer des Bombardements auf Dresden 1945 und den für den Abend angekündigten Aufmarsch von Neonazis erklärt die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, **Gesine Lötzsch**:

Die heutigen Protestaktionen in Dresden gegen braune Aufmärsche sind ein großer Erfolg aller aufrechten Demokraten. Am „Rundgang Täterspuren“ und auch an der Menschenkette gegen die Neonazis beteiligen sich tausende Menschen. Das Bündnis „Dresden Nazifrei“ setzt damit ein Stopp-Signal, Antifaschisten nicht länger zu kriminalisieren. Der Aufstand der Zuständigen ist jetzt gefragt. Ich fordere die Kanzlerin und ihr Kabinett auf, sich am kommenden Sonnabend einzureihen in den Kampf gegen die NPD und ihr braunes Terrorumfeld. (13.02.2012)